



NATIONALE  
STADT  
ENTWICKLUNGS  
POLITIK



Das Magazin zu den Pilotprojekten  
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik  
Ausgabe 16 | Dezember 2019

Dein Platz  
im Viertel?

## stadt:pilot 16

- ▶ Wer Stadt gemeinsam gestaltet
- ▶ Wie Gemeinwohl ausgehandelt wird
- ▶ Was Innovationen auslöst

Nationale Stadtentwicklungspolitik:  
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund,  
Ländern und Gemeinden





Festival „Stadt für alle“ in Nürnberg

Foto Titel: Leonie Nienhaus, Innenseite: Benedikt Buchmüller, N.Ort Kollektiv [www.n-ort.de](http://www.n-ort.de)

# Vorwort



Foto: BMI

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Stadtentwicklungspolitik wird von vielen Beteiligten getragen. Sie ist keineswegs nur eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Bürgerinnen und Bürger fordern Teilhabemöglichkeiten und übernehmen Verantwortung. Gemeinsam wird um gute Lösungen für unsere Städte und Gemeinden gerungen. Gemeinsam werden die Interessen Aller zum Wohle der Allgemeinheit zusammengeführt. Das ist oft keine leichte Aufgabe. Aber es lohnt sich: Wenn man die Ergebnisse der eigenen und vor allem der gemeinsamen Arbeit sieht und nutzen kann, wächst die Zufriedenheit mit der Entwicklung des eigenen Ortes.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist in allen Kommunen ein wichtiger Pfeiler der Stadtentwicklung. Durch ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Energie leisten viele Akteure einen großen Beitrag für das Gemeinwesen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität. Dies macht aus einem Quartier ein lebenswertes Wohnumfeld und aus einem Haus einen lebendigen Ort der Begegnung.

Mit einem Projektauftrag suchten die Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Sommer 2018 unter dem Titel „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“ nach beispielhaften, innovativen Lösungen und neuen Modellen einer koproduktiven Stadt. In einem breiten bundesweiten und europäischen Dialog aktualisieren wir gerade die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Die neuen gemeinwohlorientierten Kooperationen sollen zukünftig einen noch wichtigeren Platz einnehmen.

Ich bin beeindruckt von den vielfältigen Ideen. Die erfolgreichen Pilotprojekte stimmen mich zuversichtlich, dass es uns mit der gemeinsamen Arbeit gelingen wird, unsere Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, die Lebensqualität für die Menschen zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Horst Seehofer  
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

# Editorial



Foto: Schafgans DGPh

Liebe Leserinnen und Leser, in der aktuellen Studie „Nachdenken über die Stadt von übermorgen“ hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung erforscht, welche Trends die Stadtentwicklung in den nächsten Jahrzehnten prägen werden. Dabei spielt die Verschiebung

von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht eine besondere Rolle. Es geht um das Einfordern von Gestaltungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger und um die zunehmende Kooperation von Verwaltungen mit der Bevölkerung der Städte.

In den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik werden seit nunmehr zehn Jahren Institutionen, Initiativen und Vereine ermutigt, sich zusammenzuschließen. In den experimentellen Projekten werden und wurden zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt, Beteiligung auf Augenhöhe ermöglicht und eine neue Kultur zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung geschaffen, die der öffentlichen Entscheidungsvorbereitung den Rang einräumt, der ihr angesichts der großen Herausforderungen in den Kommunen zusteht. Man könnte hier von einer Wiederbelebung urbaner Ur tugenden sprechen. Ganz in der Tradition der europäischen Stadt werden Energien freigesetzt und Allianzen organisiert, um Projekte voranzubringen.

Die in dieser Ausgabe des *stadt:pilot* vorgestellten Projekte zeigen Möglichkeiten auf, wie in unseren Städten Ziele und Werte in breit angelegten demokratischen Prozessen diskutiert und die Selbstorganisation vor Ort gestärkt werden kann. Dies sind wichtige Schritte, um die lokale Gestaltungsmacht zu erhalten und Städte zukunftsfähig zu machen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Dr. Markus Eltges, Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Einführung  |    |
| Stadt gemeinsam gestalten!                        |    |
| Neue Modelle der Quartiersentwicklung             | 5  |
| .....   |    |
| Im Gespräch                                       |    |
| Stadt gemeinsam gestalten – Vision oder Realität? | 8  |
| .....   |    |
| Aus der Forschung                                 |    |
| Gemeinwohl und Stadtentwicklung                   | 12 |
| .....   |    |
| Pilotquartier                                     |    |
| Altenburg – Stadtmensch                           | 14 |
| .....   |    |
| Pilotquartier                                     |    |
| Hannover – Gesellschaft+                          | 16 |
| .....   |    |
| Neue Infrastruktur für die koproductive Stadt     |    |
| Vom Raumwagen zur Raumflotte                      | 18 |
| .....   |    |
| Pilotquartier                                     |    |
| Münster – Hansaforum                              | 20 |
| .....   |    |
| Pilotquartier                                     |    |
| Nürnberg – Quartier U1                            | 22 |
| .....   |    |
| Fachbeitrag                                       |    |
| Stadtentwicklung in der analogen Stadt            |    |
| des 21. Jahrhunderts von Harald Welzer            | 24 |
| .....   |    |
| Neue Community                                    |    |
| Erfahrungsaustausch von Initiativen               |    |
| und Kommunen                                      | 28 |
| .....   |    |
| Neue Community                                    |    |
| Die Urbane Liga                                   | 30 |
| .....   |    |
| Neue Community                                    |    |
| Was sind Immobilien?                              | 31 |
| .....   |    |
| Blick ins Ausland                                 |    |
| Wie in London die Quartiersentwicklung            |    |
| neu erfunden wird                                 | 32 |

# Stadt gemeinsam gestalten!

## Neue Modelle der Quartiersentwicklung

Der Begriff Gemeinwohl ist seit einiger Zeit wieder in aller Munde. Im Laufe dieser Debatte hat er seine Bedeutung verändert. Lange schwebte Gemeinwohl als abstraktes und wenig greifbares Ziel über allen stadtplanerischen Aktivitäten. Seine Zielerreichung schien durch die Institutionen der repräsentativen Demokratie sowie umsichtige Planerinnen und Planer gewährleistet. Diese Sicht passte zu einer Zuschauerdemokratie, die schwierige Entscheidungen den Expertinnen und Experten überlassen konnte und mit den Ergebnissen zu leben gelernt hatte. Dieses Vorgehen funktionierte vielleicht damals besser als heute, weil es über gesellschaftliche Ziele und Mittel deutliche Mehrheiten gab und man die Umsetzung dann recht sorglos delegieren konnte.

Dies hat sich in den vergangenen 25 Jahren erst langsam und dann immer schneller geändert. Angesichts heterogener Stadtgesellschaften und komplexer Akteurskonstellationen lässt sich immer seltener pauschal bestimmen, was dem Gemeinwohl entspricht. Unterschiedliche Treiber haben dazu beigetragen, dass die repräsentative Demokratie heute ergänzungsbedürftig erscheint und auf lokaler wie auf Bundesebene Initiativen gestartet werden, um diese Situation zu reflektieren, Schwächen zu finden und eigene Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diese Entwicklung bleibt auch auf politischer Ebene nicht unbemerkt. So hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die Beschäftigung mit dem Thema „Demokratieausbau“ vorgenommen.

Vor allem auf lokaler Ebene bilden sich immer neue Gruppen, die sich an der Definition dessen, was als Gemeinwohl zu verstehen ist, durch ganz praktische Aktionen beteiligen. Sie betreiben Bibliotheken und Schwimmbäder, die aus kommunaler Sicht nicht mehr zu finanzieren sind. Oder sie entwickeln und bauen Immobilien als inklusive Treffpunkte in Quartieren, wo Kommunen Mittel und Kapazitäten fehlen. Die Wirkung solcher Projekte überschreitet dabei immer ihren offensichtlichen, rein praktischen Wert. Hier wird über den Nutzen für die Beteiligten hinaus am Gemeinwohl gebaut.

Die Aufmerksamkeit von Fachöffentlichkeit und Wissenschaft im Bereich der Stadtentwicklung richtet sich deshalb seit einigen Jahren verstärkt auf private und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich vernetzen, über Stadtentwicklungsprobleme diskutieren und in verschiedenen Feldern der Stadtentwicklung selber Projekte realisieren, die gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen. Diese Akteure und Netzwerke verstehen Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe und tragen durch ihr Handeln zu einer Neuformulierung der Gemeinwohlorientierung in der Stadtentwicklung bei. Sie übernehmen damit Aufgaben, die früher der öffentlichen Hand zugeordnet worden wären. In dieser neuen stadtgesellschaftlichen Arbeitsteilung

sind Kommunen aber weiterhin als starke Partner gefordert. So ist die Weiterentwicklung einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung Herausforderung und Lernprozess für alle Beteiligten. Zwischen ihnen muss heute vor Ort ausgehandelt werden, an welchen Zielen eine demokratische Quartiersentwicklung auszurichten ist.



Foto: Michael Kuchinke-Hofer

Der Protest der Mieterinitiative Exrotaprint gegen den Verkauf des ehemalige Rotaprint Geländes zum Höchstpreis markiert den Anfang der gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung

### Neue Modelle gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung

Das Verhältnis zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlichem Handeln muss neu ausbalanciert werden, um den Selbstgestaltungskräften der Gesellschaft mehr Raum zu geben und den sozialen Ausgleich als Zielsetzung europäischer Stadtentwicklungspolitik besser erreichen zu können. Es geht dabei um die Entwicklung neuer Modelle einer koproduktiven Stadtentwicklung, um eine neue Rollenverteilung, um eine Verantwortungsübergabe. Politik und Verwaltung sind aufgerufen, den neuen Initiativen mehr Raum und Verantwortung zu geben und von der Schwarmintelligenz der neuen Akteure zu profitieren, um den Verlust an Steuerungsfähigkeit zu kompensieren. Gefragt sind nun Begeisterungsfähigkeit, kreative Prozesse und ein intelligentes Management der vielen entstehenden Schnittstellen. Dafür ist in Teilen auch ein Um- oder Weiterdenken der Planungspraxis und -politik in den Bereichen der Bodenpolitik,



Foto: Rotgestalt, Marcel Rotzinger

Viertelratschlag Samtweberei: Freiwillige aus dem Stadtteil gestalten den Viertelfond und Schritt für Schritt das gesamte Budget der Gemeinwesenarbeit.

der Beteiligungsprozesse und der Förderung von Stadtentwicklungsprozessen notwendig.

Auch für die Entwicklung von Quartieren sind neuartige Aushandlungsprozesse zu konzipieren und zu erproben. Vielerorts wächst bereits eine neue Planungskultur heran, in der diese neuen Prozesse unterstützt und in tägliches Planungshandeln überführt werden. Denn trotz großer Resonanz der Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit sind die neuen Rollen noch nicht eingeübt und Initiativen vermissen teilweise praktische Unterstützungsinstrumente. Unabdingbar für solche Aushandlungsprozesse ist ein Dialog auf Augenhöhe zwischen allen beteiligten Akteuren. Denn das Feld an Akteuren ist vielfältig, es führt traditionelle Akteure wie Wohnungsbaugenossenschaften oder kirchliche Träger mit neuen Akteuren wie Stadtmachern, Intermediären, Sozialunternehmern und Raumunternehmern zusammen. Sie alle greifen aktuelle Herausforderungen auf und entwickeln Lösungsansätze in den unterschiedlichsten Feldern der Stadtentwicklungspolitik, vom Wohnen bis zur Freiraumentwicklung, von der Infrastruktur bis zum Städtebau.

Das Wohl der Allgemeinheit kann in der Quartiersentwicklung durch verschiedenste Kollaborationen und auf ganz unterschiedliche Weise erreicht werden, u. a. durch Projekte,

- die eine Ergänzung im stadtteilweiten Infrastrukturangebot schaffen (z. B. durch zusätzliche Bildungsangebote, die Gestaltung von Grünflächen oder die Initiierung von Wegeverbindungen)
- die die Stadtproduktion für Menschen der unterschiedlichsten Gruppen öffnen und sie zu Akteuren der Stadtentwicklung werden lassen
- die im Rahmen ihrer eigenen Konzeption Angebote schaffen, die von der Öffentlichkeit genutzt werden können (offene Räume für Quartiersbewohner in einem Wohnprojekt)



Foto: Stefan Güldenring

Von der Eisenbahnstrecke zum Fuß-, Rad- und Skateweg: Nordbahntrasse in Wuppertal

- die über innovative Modelle gemeinwohlorientierter Bauland- und Immobilienentwicklung das Quartier teilhaben lassen
- die die von ihnen genutzten Gebäude dem Verwertungsinteresse des Marktes entziehen und damit zu einer mietpreisstabilisierenden Wirkung im Quartier beitragen.

### Der Projektaufruf der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Der Projektaufruf „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“ schließt an vier andere thematisch fokussierte Projektaufrufe an, die durch einen roten Faden miteinander verbunden sind: eine Sicht auf Stadt als Ort der Vielfalt, als Raum von Unterschieden, in dem wir stets mit Neuem konfrontiert werden, der zugleich aber auch das gemeinsame Erleben und Handeln erfordert und ermöglicht. Ging es bei den Pilotprojekten zur Bürgerbeteiligung um die Öffnung von Planungsprozessen, so fragte der Projektaufruf „Wirtschaft“ nach neuen Formen ökonomischen Handelns, die positive Auswirkungen auf Stadtentwicklung haben können. Der Projektaufruf „Zusammenleben in der Stadt“ war bereits klar auf das gemeinsame Gestalten von Stadt ausgerichtet, Bürgerinnen und Bürger waren darin nicht Objekte stadtplanerischer Aktivitäten, sondern wurden selbst zu Stadtmachern. Und in den zehn Pilotprojekten des Projektaufrufs „Migration und Stadtentwicklung“ entwickelten kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam ganz konkrete Bausteine für Ankunftsquartiere. In den Projektaufrufen der vergangenen Jahre wurden viele kreative und innovative Ansätze erprobt: vom urban crowdfunding bis zu Fablabs, vom gemeinsamen Kochen bis zu Obdachlosen als Gastgebern, vom Theater als Akteur der Stadtentwicklung bis zu selbstorganisierten Kunstprojekten, vom Probewohnen bis zum mobilen Quartierszentrum auf Rädern.

All diese Aspekte kommen nun zusammen im aktuellen Projektaufruf. Vier Pilotprojekte wurden ausgewählt, die wir in dieser Ausgabe des *stadt:pilot* vorstellen. Ein Beirat, der 2017

nach zehn Jahren die Nationale Stadtentwicklungspolitik evaluierte, hatte die Einführung großer experimenteller Formate mit noch stärkerer Impulswirkung empfohlen. Inspiriert von einem Vorbildprojekt aus London (S. 32) sollen mit den neuen Pilotquartieren die innovativen Ansätze skaliert und konzentriert umgesetzt werden. In den Pilotquartieren sollen durch Vernetzung und Austausch vieler Einzelprojekte Synergieeffekte entstehen und innovative Ansätze lokaler Demokratie und Governance erprobt werden, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen und selbsttragende zukunftsweisende Entwicklungsprozesse zu gestalten. Der Maßstabsprung auf die Quartiersebene mit einem Netz zivilgesellschaftlicher Projekte soll auch die Verstärkung bestehender erfolgreicher Projektansätze erleichtern.

### Was ist ein Quartier?

Erstmalig geht es nicht nur um einzelne Projekte, sondern um ganze Quartiere mit vielfältigen sozialen, thematischen und räumlichen Zusammenhängen. Der Begriff des Quartiers orientiert sich dabei stark am Alltag und den Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger. Aktionsräume und Potenziale spielen eine größere Rolle als Verwaltungsgrenzen und Einzugsbereiche. Angesichts der Zugehörigkeit der Bevölkerung zu vielfältigen sozialen Sphären ist dabei eher von einem „multiplen Quartier“ auszugehen, als von einem idealisierten Ort von Gemeinsamkeiten. Ein Quartier in diesem Sinne ist nicht unbedingt durch räumliche Zusammenhänge definiert, thematische Zusammenhänge können sich auch über vermeintliche Quartiersgrenzen hinaus aus dem Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger ergeben.

Durch ein dichtes Netzwerk von dezentralen Koproduktionsorten können vielfältige Eintrittspunkte für die Mitwirkung an Quartiersprojekten entstehen. Neue Gelegenheiten zum Teilen von Wissen, Raum und Infrastruktur in gemeinwohlorientierten Quartieren sollen jungen, alten, alteingesessenen und zugezogenen Menschen ermöglichen, gemeinsam zu arbeiten und zu spielen, Lebensmittel anzubauen, zu kochen und essen, zu lernen und zu bauen. Deshalb richtete sich der Projektauftrag diesmal an verschiedene Akteure und Netzwerke aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, nicht gewinnorientierte Unternehmen, Genossenschaften, Wohnungsgesellschaften, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen. Sie alle sollen sich als engagierte Akteure an der Diskussion von Zielen und der Umsetzung in lokalen Projekten beteiligen und so auch zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Hinblick auf eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung beitragen.

### Das Auswahlverfahren

Bis Anfang Juli 2018 reichten 100 Initiativen vielfältige neuartige Ideen zur Koproduktion von Stadt und Quartier für den Projektauftrag ein. Alle Bewerbungen wurden einem mehrstufigen

Prüfprozess unterzogen, inklusive der Bereisung der engeren Auswahl von zehn Quartieren, um die Pilotquartiere mit den innovativsten gemeinwohlorientierten Lösungsansätzen zu identifizieren. Unter der Gemeinwohlorientierung eines Projekts wurde jeweils verstanden, dass dieses nicht nur einem akteursspezifischen Interesse folgt, sondern ganz oder in Teilen einen Mehrwert für die Allgemeinheit bzw. die Stadtgesellschaft schafft. Bewertet wurde die Gemeinwohlorientierung in verschiedenen projektspezifischen Bereichen wie dem sozialen Zusammenhalt, der demokratischen Mitwirkung und Transparenz, der Nachhaltigkeit und dem Beitrag zu gesunden Lebensverhältnissen, dem gerechten Wirtschaften und der nachhaltigen Mobilität. Im Ergebnis wurden vier Pilotquartiere ausgewählt, die von 2019 bis 2021 mit insgesamt mehr als zwei Millionen Euro vom Bundesbauministerium gefördert und durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung begleitet und beraten werden. Alle anderen Bewerberprojekte erhalten die Gelegenheit zur Teilnahme an Vernetzungstreffen und gemeinsamen Aktivitäten.

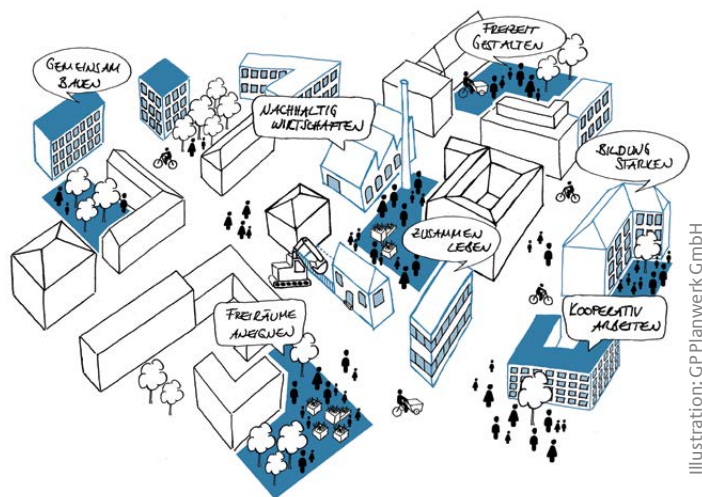


Illustration: GPP/Planwerk GmbH

### Quartiersentwicklung als integrierte Aufgabe

Diese Ausgabe des stadt:pilot soll somit einen Beitrag zur Diskussion über die selbstgemachte Stadt und neuartige Strategien einer stärkeren Gemeinwohlorientierung leisten. Dazu wird der inhaltliche Rahmen wissenschaftlich beleuchtet und ein inspirierendes Beispiel aus dem Ausland vorgestellt. In einem round-table-Gespräch diskutieren Vertreterinnen des Kuratoriums der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit Vertreterinnen und Vertretern von bottom-up Initiativen über Visionen und Realitäten der selbstgemachten Stadt. Außerdem werden die Ansätze, Instrumente, Netzwerke und Akteure der vier geförderten Pilotquartiere vorgestellt.

Stephan Willinger, Lisa Schopp

## Perspektiven der Kooperation

# Stadt gemeinsam gestalten – Vision oder Realität?

Bei einem Gespräch in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen trafen sich Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Kommune, aus Stadtplanung und Zivilgesellschaft, um über den aktuellen Stand gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung zu diskutieren. Dabei ging es um Motive und Methoden sowie neue Lösungen.

*Frau Lüscher, Sie kennen die Praxis der Stadtplanung aus langjähriger Erfahrung. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht das Gemeinwohl in Planungsprozessen und bei politischen Entscheidungen?*

**Regula Lüscher:** Aktuell spielt das Gemeinwohl, insbesondere in Berlin, wieder eine wichtige Rolle, nachdem offensichtlich über lange Jahre andere Aspekte wichtiger waren. Die Zivilgesellschaft hat das Thema wieder auf die Tagesordnung gebracht und jetzt versucht man ganz mühsam wieder Strukturen und Wissen der Gemeinwohlorientierung aufzubauen. Wir haben massiven Handlungsbedarf und wir müssen uns in der Verwaltung wieder an die vielen Instrumente erinnern, die es für die Stärkung des Gemeinwohls gibt.

*Frau Thomas, Sie haben als Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnen im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat einen Blick auf das ganze Land. Warum hat sich aus Ihrer Perspektive das Gemeinwohl wieder zu einem wachsenden Thema in der Diskussion um Stadtentwicklung entwickelt?*

**Monika Thomas:** In meiner Funktion habe ich einen guten Überblick über die verschiedensten Städte und Regionen. Deutschlandweit ist die Situation sehr unterschiedlich. Das Thema Gemeinwohl hat viele Facetten. Während in den wachsenden Städten und Gemeinden das Thema des Wohnungsbaus allgegenwärtig ist, beschäftigen kleinere Kommunen z. B. die vielen Herausforderungen der Daseinsvorsorge. Für all diese Bereiche gilt es nachhaltige, gemeinwohlorientierte Lösungen umzusetzen. Interessant ist es, dass in beiden Fällen die aktuellen Diskussionen um das Gemeinwohl aus einer Not- und Mangelsituation heraus entstanden, in der wir uns wieder stärker auf unsere Werte und Haltungen besinnen und in der sich die Akteurinnen und Akteure der Stadtentwicklung auch fragen: Was kann man besser machen als in den letzten Jahren? Was muss man anders machen? Hier sind gerade die zivilgesellschaftlichen Akteure energische Treiber, die immer wieder von allen politischen Ebenen fordern, stärker das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Ich freue mich darüber, dass daraus gute, produktive Diskussionen entstehen, über die zwei wichtigsten Fragen der Stadtentwicklungspolitik: Wie wollen wir in unseren Städten zusammen leben? Wie setzen wir das in die Realität um?

*Können Sie diese Einschätzung aus Sicht von zivilgesellschaftlichen Initiativen teilen? Warum wird aktuell verstärkt über das Gemeinwohl diskutiert?*

**Ekkehard Gahlbeck:** Wir vom evangelischen Friedhofsverband Berlin Stadtmitte initiieren derzeit breit aufgestellte Nachnutzungskonzepte für Friedhofsflächen in Berlin. Aus unseren Erfahrungen heraus sehe ich das Thema etwas kritischer. Die Politik hat sozusagen die Glaubwürdigkeit in Sachen Gemeinwohl ein Stück weit verspielt. Da sind viele politische Fehler gemacht worden und man versucht jetzt ein Stück umzusteuern. Das Umsteuern erschöpft sich jedoch eher in Ankündigungen als in realer Politik, ich könnte dafür eine Reihe von Beispielen nennen. Berlin will etwas tun, aber es passt weder die übergeordnete Strategie, noch gibt es in der Verwaltung leicht auffindbare Bündnispartner, die Gemeinwohlziele praktisch umsetzen wollen.

*Lange Zeit galt der Staat als Hüter des Gemeinwohls. Hat sich an dieser Position grundsätzlich etwas geändert?*

**Frauke Burgdorff:** Ich sehe es auch so, Kommunen hatten ihre Glaubwürdigkeit als Sachverwalter des Gemeinwohls verloren und arbeiten in den letzten 5-6 Jahren daran, diese wiederzugewinnen. Auf Grundlage von zivilgesellschaftlichem Druck besinnen sich die Kommunen wieder zurück auf ihre Kernaufgabe. Es wäre klug, zivilgesellschaftliche Initiativen als Akteure stärker in Planungen für die staatliche Daseinsvorsorge zu integrieren, um das Gemeinwohl zu stärken. Das ist wichtig, weil das Gemeinwohl praktisches Handeln braucht, um nicht zur Worthülse zu verkommen.

**Regula Lüscher:** Wir müssen neue Konstrukte entwickeln, um Gemeinnützigkeit zu sichern. Ich finde das Lernen von den unterschiedlichen Akteuren und die Begegnung auf Augenhöhe dabei absolut zentral. Das geht am besten über Projekte, in denen man Erfahrungen teilt. Die zentrale Ressource sind Menschen, die kommunizieren und gemeinsam Projekte entwickeln. Wir müssen diese Menschen multiplizieren, denn Verwaltung und Politik kann das aus verschiedenen Gründen nicht leisten.

**Frauke Burgdorff:** Natürlich stellt sich hier auch die Frage, wie soll eine Kommune privilegierte Zugänge für Agenten des Gemeinwohls organisieren können? Welcher Partner wäre



sozusagen „gemeinwohlerorientiert“, welcher nicht? Und welcher Partner führt das Gemeinwohl nur im Schilde, um zum Beispiel an Grundstücke zu kommen? Dafür können Kommunen Regeln finden – genauso wie für alle anderen unbestimmten Rechtsbegriffe auch.

*Frau Halbrock, wie haben Sie in Ihrem Projekt in Hamburg über Gemeinwohl diskutiert?*

**Dorothee Halbrock:** Unsere Initiative HALLO: e.V. hat sich aus dem offensichtlichen Raummangel in Hamburg heraus gegründet, um verschlossene Räume zu öffnen. Zunächst haben wir intern die Diskussion geführt, ob unsere künstlerische Initiative eher Selbstzweck oder tatsächlich gemeinwohlorientiert ist. In diesem Prozess haben wir mit Unterstützung von Universitäten und Gemeinwohlexperten wie coop.disco oder Const\*ellations unsere Arbeit in Vernetzung mit der Nachbarschaft zu einem Konzept verdichtet, das den Verein als gemeinwohlorientierten Akteur im Quartier sichtbar macht. Unser Ziel, nachhaltig bezahlbare Räume der Arbeit zu sichern, die in der Stadtmitte schon lange nicht mehr zur Verfügung stehen und durch die bestehenden Pläne der Stadtentwicklung nun auch im Hamburger Osten bedroht sind, ist dabei zentral. Inzwischen haben wir von der Umweltbehörde den Auftrag erhalten, gemeinsam mit der Nachbarschaft einen öffentlichen Park zu gestalten. Das ist eine große Chance, denn es ermöglicht uns auf Augenhöhe zu arbeiten und das Gemeinwohl im Quartier konkret zu fördern.

**Regula Lüscher:** Eine solche Diskussion findet in den Kommunen bis jetzt noch zu selten statt. Über die Jahre ist hier einiges an Wissen verloren gegangen, das es nun wieder zu erlernen gilt. Dabei dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung nicht alleine gelassen werden.

*Kann man das Gemeinwohl denn überhaupt eindeutig feststellen?*

**Frauke Burgdorff:** Das Spannende ist ja, dass das Gemeinwohl ein immer wieder neu zu verhandelnder Begriff ist. Es gibt keine abschließend bestimmte Definition. Das heißt, wir müssen immer wieder verhandeln. Schaut man zurück, stellt man fest, dass auch in der Philosophie grundverschiedene Konzepte des Gemeinwohls zu finden sind. Sehr vereinfacht dargestellt entsteht laut Platon das Gemeinwohl über Dialog, also Demokratie. Aristoteles denkt, dass die Bestimmung des Gemeinwohls an eine staatliche Instanz delegiert werden müsse. Rousseau schließlich sieht das Gemeinwohl als Summe vieler einzelner Einzelwohle. Ich glaube, wir müssen heute mit diesen drei Dimensionen arbeiten und vor allem keine Angst davor haben, dass sich der Begriff nicht mathematisch fassen lässt – das verleiht ihm im besten Falle eine kulturelle und auch ästhetische Dimension. Das führt aber dazu, dass wir keine starren Regeln etablieren können. Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg versucht man gerade eine Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu etablieren, die das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Verwaltung unterstützt. Dieser Ansatz ist interessant. Welche Rolle dabei die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat als politische Verwalter des Gemeinwohls und die Verwaltung als technokratische Verwalter spielen, das wird sich zeigen.

**Monika Thomas:** Dazu passen auch die vier neuen Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zum Thema „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“, die das BMI in den nächsten Jahren fördert. Mehrere Pilotquartiere haben sich vorgenommen, in einem gemeinsamen Diskussionsprozess mit den Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier Kriterien dafür zu erarbeiten, was im Quartier



Foto: GP Planwerk GmbH

Die Teilnehmenden am Round Table-Gespräch zu Gast in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin

dem Gemeinwohl dient und was nicht. Dabei erproben sie ganz unterschiedliche methodische Ansätze. Ziel ist es, sich darüber zu verständigen, welche Projekte, die Bürgerinnen und Bürger im Stadtviertel selbst machen wollen, gefördert werden können. Diese Aushandlungsprozesse sind aus meiner Sicht sehr wichtig, weil Bürgerinnen und Bürger darüber sprechen, was sie sich für ihr Quartier wünschen, was ihnen wichtig ist und was ihr Beitrag dazu sein kann, das zu erreichen. Damit werden sie sich ihrer Handlungsoptionen, ja ihrer Gestaltungsmacht bewusst. Das stärkt die lokale Demokratie und den sozialen Zusammenhalt vor Ort. Ich stimme Frau Burgdorff zu, dass es interessant sein wird zu sehen, welche Rolle die gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen und die kommunale Verwaltung dabei spielen. Deren Rollen werden sich verändern, weil Bürgerinnen und Bürger zunehmend selbstbewusst eigene Ideen und Vorstellungen entwickeln. Dazu nutzen sie immer weniger die „altbewährten“ Strukturen der politischen Parteien oder traditionellen Vereine, sondern organisieren sich selber, agieren als Gruppe und nutzen dabei auch die Möglichkeiten, die die sozialen Medien bieten. Ich glaube, es ist für die gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter und auch für die Verwaltung, die ja ebenfalls den Anspruch haben, zu gestalten, oft nicht einfach, hier ihren Einfluss zu teilen.

*Wie die vorangegangene Diskussion unterstrichen hat, ist das Gemeinwohl nicht eindeutig und für alle Zeit definiert. In der Praxis konkurrieren häufig Gemeinwohlaspekte miteinander. Wie können Gemeinwohlaspekte gegeneinander abgewogen werden?*

**Ekkehard Gahlbeck:** Die entscheidende Frage ist: Wer bestimmt das Gemeinwohl? Wir haben beispielsweise bei der Versorgung von Flüchtlingen in einer kleinen Multifunktionsunterkunft Probleme mit den Regelungen des Naturschutzes. Da stehen sich die beiden Zielstellungen entgegen. In der Projektpraxis vermissen wir stark einen transparenten Abwägungsprozess, der nachvollziehbaren Regeln unterworfen ist. Die Leipzig-Charta ist da sehr viel weiter. Wir haben jedoch das Gefühl, dass sie in Berlin im Realen keine Anwendung findet.

**Monika Thomas:** Ja, da stehen plötzlich zwei Themen gegeneinander, die eigentlich beide gleichermaßen wichtig sind. Beide, die soziale und die ökologische Komponente, sollten für eine nachhaltige Stadtentwicklung gleichberechtigt sein. Gleichwohl werden wir immer wieder in Städten Orte finden, an denen schwierige Abwägung getroffen werden müssen. Das muss nach transparenten Regeln gehen und die Entscheidungsfindung muss nachvollziehbar sein. Daran müssen wir noch arbeiten. Es bedarf das Zusammenwirken aller Ressorts in einer Stadt, um eine ausgewogene Lösung zu finden – eine integrierte Stadtentwicklung eben, wie sie die Leipzig-Charta fordert. Uns allen ist klar, dass das keine einfache Aufgabe ist.

**Regula Lüscher:** In der aktuellen Situation sind Verhandlungen auf Augenhöhe jedoch nicht möglich. Grund dafür ist sicher, dass der Naturschutz lange Zeit in der Nahrungskette

abgehangen war und erst in den letzten Jahren über Vorschriften und ähnliches wieder erstarkt ist. Andere sind davon überholt worden und versuchen nun sich dagegen zu behaupten. Diese Abwägungen kann die Zivilgesellschaft nicht leisten, dafür braucht es starke Kommunen.

**Frau Burgdorff:** Die Besonderheit zivilgesellschaftlicher Projekte wie beispielsweise die B-Side in Münster und das Rosenwerk in Dresden ist die Selbstverständlichkeit, mit der die Akteure vor Ort integriert und gemeinwohlorientiert arbeiten. Die Verwaltungen sollten mutiger sein und auch von sich aus auf solche Projekte zugehen, um das Know-How in der Kommune weiterzuentwickeln.

**Ekkehard Gahlbeck:** Ich habe da eine spontane Idee: Wir arbeiten innerhalb des Bereichs der sozialen Arbeit mit Lotsen, Stadteilotsen oder Stadteilmüttern, die faktisch Bindeglieder zwischen den verschiedenen Kulturen sind. Eigentlich braucht man auch Lotsen des Gemeinwohls, die Verwaltung und Politik ein Stück weit ergänzen würden, besonders wenn die Spielräume sehr eng sind.

*Ja, das wäre ein spannender Ansatz. Neue Ansätze bereiten aber häufig Schwierigkeiten, weil sie sich nicht in Förderprogramme einfügen. Deshalb hat sich die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit dem Projektauftrag diesem Thema angenommen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Förderlandschaft für zivilgesellschaftliche Initiativen? Wo bestehen Probleme?*

**Frauke Burgdorff:** Viele Initiativen schnüren sich aus unterschiedlichen Förderungen ein passendes Paket. Oft kriegen sie das dann aber nicht mehr mit ihrer Agenda kompatibel.

**Dorothee Halbrock:** Das kann ich nur bestätigen. Es ist für uns schon immer eine Herausforderung, Fördermittel zu finden, weil wir uns nicht in eine Kategorie einordnen lassen können und wollen. Das war bereits mit den transdisziplinären HALLO: Festspielen schwierig, dann gründeten wir ein experimentelles Stadteildbüro, das sich auch als soziokulturelles Projekt versteht. Wenn wir zukünftig noch weiter in Stadteildentwicklung eingreifen, um z. B. einen Gebäudeteil des in Besitz eines Investors befindlichen Kraftwerk Bille als „Haus neuer Arbeit“ zu vergemeinschaften, wird noch größeres Unverständnis herrschen. Wir verstehen uns also seit jeher als Schnittstelle zwischen Stadtentwicklung und Kunst. Genau deswegen habe ich mich auch über den Aufruf „Stadt gemeinsam gestalten“ gefreut, der unsere disziplinübergreifende und kooperative Arbeit widerspiegelt. Und wünsche mir natürlich noch viel mehr davon. Genauso wie ich sehr schätze, dass unsere Umweltbehörde einen mutigen Schritt gegangen ist und sich zugetraut hat, mit uns als relativ neuem Verein in Kooperation mit zwei experimentellen Architekturbüros, atelier le balto und umschichten, einen Grünzug gemeinsam mit der Nachbarschaft zu entwickeln.

**Ekkehard Gahlbeck:** Wir erleben das auch jeden Tag. Berlin versucht seit längerem eine Genossenschaftsförderung auch für

kleinere Genossenschaften aufzubauen, aber welches Modell gibt es denn bisher? Kein einziges. Und warum gibt es das nicht? Berlin braucht ganz viele Wohnungen für Singles. Wenn man jetzt aber als Gruppe ankommt und sagt, wir möchten diese Genossenschaftsförderung haben, wir wollen als Gruppen in Clusterwohnungen zusammenwohnen, dann passt oft die Förderung bzw. die Verwaltungsstrategie dafür nicht. Oder ein anderes Beispiel, wir entwickeln auf unserem Areal ein Wohnprojekt, in dem auch Menschen mit Pflege- oder Förderbedarf leben sollen. Die Anforderungen an die Gebäude sind deutlich höher und damit teurer als im gewöhnlichen Geschosswohnungsbau. Das intrinsische gemeinwohlorientierte Handeln wird jedoch bei der kooperativen Baulandentwicklung nicht berücksichtigt, so dass man faktisch doppelt zahlt. Es braucht entscheidungsfähige Ansprechpersonen in der Verwaltung, die das Gemeinwohl praktisch umsetzen und hierfür einen gewissen Handlungsspielraum haben.

**Regula Lüscher:** Wir agieren in der Städtebauförderung mit öffentlichen Geldern. Darum müssen alle Förderungen nachvollziehbar, gerecht und transparent sein. Hierzu formuliert man dann natürlich Kriterien. Für rund 50% der Projekte funktionieren diese Kriterien gut, würde ich jetzt mal sagen. Und die anderen 50% sind anders geartet, komplexer. Das ist das Dilemma. Um in diesem Bereich besser zu werden, ist die Verknüpfung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlicher Förderung durch einen permanenten Monitoring- und Verhandlungsprozess total wichtig, der jedoch für die Verwaltungen wahnsinnige Anstrengung bedeutet. Aber im Grunde genommen unerlässlich ist, um die Verknüpfung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement, wie wir es so nett nennen, und staatlicher Förderung zu gestalten. Denn das sind im Moment noch zwei Dinge, die nicht so richtig aufeinanderpassen. Das ist etwas das mich umtreibt und wo wir Lösungen finden müssen.

**Frauke Burgdorff:** Da haben Sie einen goldrichtigen Gedanken, aber eine Akzentuierung ist meiner Meinung nach falsch. Es ist nicht per se anstrengender, es ist nur für andere Leute anstrengender. Aktuell liegt die Last bei den Antragstellenden. Die Projektträger müssen sich die Förderungen einzeln rausfischen und kriegen diese häufig trotzdem nicht kompatibel auf ihre Agenda. Ganz davon abgesehen, dass zivilgesellschaftliche Projekte sich nach 5-6 Jahren in etwas Neues verändern können müssen, solange sie sich auf dem Feld des Gemeinwohls weiterbewegen. Diese Anstrengungen müssen ins Staatswesen verlagert werden. So könnte beispielsweise jede Abteilung einen Lotsen bekommen, um mal bei dem Ansatz zu bleiben. Dieser ist im Abwägen psychologisch geübt, packt alles auf den Tisch und verhandelt umfassend, anstatt beispielsweise Gewerbeflächen gegen Grünflächen gegen xy auszuspielen. So können die Projekte mit einem konkreten Anliegen an die Verwaltung herantreten und bei der Suche nach dem passenden Förderzugang unterstützt werden. Das wird in den meisten Fällen nicht ganz reibungsfrei verlaufen, aber die Lösungen würden miteinander

und nicht gegeneinander gesucht werden.

**Monika Thomas:** Wir haben sieben Förderprogramme in der Stadtentwicklung mit unterschiedlichen Themen. Vielleicht muss man da noch einmal schauen, wie man das an der Stelle optimieren kann und gegebenenfalls wieder zwei, drei oder vier draus macht. Der integrierte Ansatz innerhalb von Programmen sollte noch stärker hervorgehoben und bei Förderungen bedacht werden, auch um der Vielfältigkeit der Projekte gerecht zuwerden.

*Die vier Pilotquartiere haben die Hürde des Fördermittelantrags bereits gemeistert. Sie stehen gerade am Anfang eines spannenden Weges, der wahrscheinlich all die angesprochenen Herausforderungen berühren wird. Was möchten Sie den Pilotquartieren als Rat mit auf den Weg geben?*

**Frauke Burgdorff:** Ganz klar: Kaufen hilft. Gemeinwohl ist dann stark, wenn es eine Immobilie oder ein Grundstück im Hintergrund hat. Das Gemeinwohl ist dann schwach, wenn es nur ein Wort ist.

**Monika Thomas:** Ein Prozess mit vielfältigen Interessen sollte durch Fairness und Respekt geprägt sein. Hier kann eine gemeinsame Vision helfen, die Interessen auszugleichen und den Blick aufs Ganze zu bewahren.

**Ekkehard Gahlbeck:** Mein Tipp wäre: Macht es nicht alleine. Partner und Netzwerke sind eine Stärke im Prozess.

**Dorothee Halbrock:** Die Pilotquartiere sollten den durch die Förderung entstehenden ständigen Austausch mit der nationalen Ebene nutzen, um die Arbeit des Bundes hinsichtlich gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung positiv durch die Perspektive von selbstorganisierten Projekten zu verändern.

**Regula Lüscher:** Es sollte in jedem Projekt überlegt werden, wie der eigene Erfolg definiert wird. Erfolg ist relativ und nicht nur an Gebautem fest zu machen. Außerdem finde ich es wichtig, immer wieder zu reflektieren, wie man aus Problemen im Prozess lernen kann.

## Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

**Frauke Burgdorff**, Stadtbaurätin, Stadt Aachen

**Ekkehard Gahlbeck**, Geschäftsführer im evangelischen Friedhofsverband Berlin Stadtmitte

**Dorothee Halbrock**, HALLO: Verein zur Förderung raumöffnender Kultur e.V. Hamburg

**Regula Lüscher**, Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin für Stadtentwicklung in Berlin

**Monika Thomas**, Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnen im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Durch das Gespräch führten **Dr.-Ing. Carolin Pätsch** (GP Planwerk GmbH) und **Lisa Schopp** (BBSR).

# Aktuelle Studien des Bundes

## Gemeinwohl und Stadtentwicklung

### Gemeinwohlorientierte Initiativen

Eine gesellschaftliche Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung kann nur unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure bewältigt werden. Deshalb wird in den vergangenen Jahren verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung betont, in denen sich Umwelt- und Naturschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Zivilgesellschaftliche Initiativen entstehen häufig in den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger und gehen in ihrem Engagement über die Eigeninteressen und die unmittelbaren Gruppeninteressen der Mitglieder hinaus. Mehrgenerationenwohnen, Co-Housing und Co-Working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Ko-Kreation – es finden sich bereits zahlreiche Beispiele für solche innovativen Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung, die konkrete Lösungen für den sozial-ökologischen Wandel erarbeiten.

Bisher befinden sich diese Gemeinschaften aber noch in Nischen und müssen sich mit vielfältigen Herausforderungen auseinandersetzen. Im Forschungsprojekt „Umweltpolitische Förderstrategien zur Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen“ untersucht das Institut für Sozialinnovation (ISIconsult) in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) und adelphi seit 2016 im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamts, wie solche Initiativen durch die Umweltpolitik gefördert und unterstützt werden können.

In verschiedenen Sondierungsgesprächen und Experteninterviews wurden strategische Handlungsansätze identifiziert. Besonders bedeutsam sind die Förderung des Austauschs und der Kooperation zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, der Ausbau intermediärer Strukturen, die Schaffung koproduktiver Orte, die Anpassung der Förderstrukturen und -instrumente an die Bedarfe und strukturellen Möglichkeiten gemeinwohlorientierter Initiativen, die Vereinfachung des Vereins- und Gemeinnützigkeitsrechts und die Förderung einer Digital Literacy.

*Umweltbundesamt, Fachgebiet I1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung, Dorothee Arenhövel*

### Raumagenten als intermediäre Akteure

Im Zuge offener Governance-Prozesse treten in der Stadtentwicklung in jüngerer Zeit immer mehr unterschiedliche Initiativen auf, die sich mit konkreten Projekten für ihre Stadt engagieren. Viele dieser Initiativen werden durch einen neuen Typus des intermediären Akteurs unterstützt: die Raumagenten. Sie übernehmen vermittelnde Funktionen zwischen den Initiativen und der Stadtverwaltung. In einer Studie wird derzeit untersucht, welche Charakteristika die Raumagenten prägen, welche Aufgaben sie in der Stadtentwicklung übernehmen können und welche Rahmenbedingungen die öffentliche Hand schaffen kann, um Raumagenten zu unterstützen.

Wenn zivilgesellschaftliche Akteure als Raumpioniere und Raumunternehmer lokale Angebote übernehmen, gemeinschaftliche Freiraumnutzungen organisieren und kreative Impulse für vernachlässigte städtische Bereiche geben, dann müssen sie derzeit noch hohe Hürden überwinden. So hat sich sukzessive ein neuer Typus von intermediären Akteuren herausgebildet, die als Raumagenten zwischen diesen Initiativen und der Verwaltung vermitteln. Sie bilden Brücken zwischen Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft, agieren als Baukulturinitiativen oder Zwischennutzungsagenturen, als Urban-Gardening-Koordinatoren oder als „Jugend.Stadt.Labore“ und vermitteln Räume und Know-how. Dabei zielen sie auf das Empowerment einzelner Gruppen und auf die Förderung des Gemeinwohls durch Stärkung der Zivilgesellschaft. Immer tragen sie zum Wandel lokaler Demokratie bei.

Viele entwickeln sich unmittelbar aus zivilgesellschaftlicher Initiative und professionalisieren sich sukzessive, andere werden von Verwaltungen als Ansprechpartner für Projekte eingesetzt. Ihre Rollen sind vielfältig, flexibel und wechseln situativ. Ihre Arbeit zeigt, wie der Umgang mit dem Informellen als Quelle des Ungewissen und Nicht-Planbaren aussehen kann: beobachten, beraten, kuratieren, initiieren. Das reicht von kleinen Interventionen bis zu Großprojekten, von wackligen Bretterbuden bis zu Kreativ-Hubs.

*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Referat I2 - Stadtentwicklung, Stephan Willinger*



## Förderung von Initiativen

Das 2017 von BMI und BBSR in Auftrag gegebene Forschungsprojekt „Gemeinwohlorientierte Initiativen in der Quartiersentwicklung“ ging den Fragen nach, inwieweit bürgerschaftlich getragene, gemeinwohlorientierte Initiativen einen Mehrwert für die Entwicklung von Quartieren erbringen und ob bzw. wie sie unterstützt werden könnten, um ihre Potenziale besser zu stärken. Der Fokus lag auf Initiativen, die Wohnraum schaffen, Infrastrukturen verbessern und vorrangig in benachteiligten Quartieren agieren.

Die Untersuchung zeigte zunächst, dass es bürgerschaftlich getragene gemeinwohlorientierte Initiativen in benachteiligten Quartieren kaum gibt. Unabhängig von der Lage besetzen sie in der Regel räumliche wie auch thematische Nischen und schaffen Angebote, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht kostendeckend sind. Die Untersuchung kam zu dem Schluss, dass eine Förderwürdigkeit gegeben sein kann, wenn die Initiativen eine nachvollziehbare Wirkung auf das Quartier erzielen.

Die Arbeit und Innovationsfähigkeit der Initiativen lebt vom Engagement der Beteiligten und ihrer Flexibilität. Klassische Förderinstrumente mit ihren Förderregularien schränken dieses Potenzial ein. Daher signalisierten die Initiativen, dass die Städtebauförderung – zumindest in der Gründungsphase – für sie, bei den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen, keine geeignete Förderung darstellt. Hingegen wäre ein vereinfachter Zugang zu (günstigen) Immobilien oder Grundstücken gerade in der Anfangsphase hilfreich. Wichtig wäre vor allem Unterstützung in Form von rechtlicher, wirtschaftlicher oder organisatorischer Expertise sowie flexible Finanzierungsinstrumente, die kurzfristig einsetzbar sind. Denkbar wäre hier z. B. ein „Gemeinwohlfond“, der im privat-zivilgesellschaftlichen Bereich verankert ist, sich aus öffentlichen und privaten Geldern speist und Bürgschaften oder kostengünstige Finanzierungen vergeben kann.

*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Referat I 4 - Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung, Dr. Karin Veith und Teresa Lauerbach*

## Gemeinwohl und Wohnen

Die Studie „Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik“ ging der Frage nach, welche Rolle Stiftungen und weitere gemeinwohlorientierte Akteure für die Wohnraumversorgung spielen und wie ihre Potenziale für die Zukunft aussehen. Interessante Fallbeispiele zeigen, mit welchen Prinzipien und Arbeitsweisen Projekte umgesetzt wurden und welche Rahmenbedingungen wichtig sind. Analysiert wurde, welche Möglichkeiten die jeweils einzelnen Rechtsformen sowie Organisations- und Geschäftsmodelle bieten und welche strategischen Ziele die Akteure und Projekte verfolgen.

Die Studie zeigte, dass die untersuchten Stiftungen und weitere Akteure rein quantitativ zwar eine sehr geringe Bedeutung auf dem Wohnungsmarkt haben, jedoch sehr positiv auf die jeweiligen Quartiere ausstrahlen und zu deren Weiterentwicklung sowie Stabilisierung beitragen können. Weil die Vermietung von Wohnraum jedoch kein als gemeinnützig anerkannter alleiniger Stiftungszweck sein kann, verfügen Stiftungen nur über sehr begrenzte Möglichkeiten unmittelbar am Wohnungsmarkt zu agieren. Bei Trägern mit anderen Rechtsformen zeigte sich dagegen durchaus die Möglichkeit auch quantitativ relevant wirksam zu werden, so zum Beispiel beim Mietshäusersyndikat, das mit seinen Hausprojekten zunehmend auch Neubauprojekte realisiert.

Nicht selten gehen Stiftungen daher Kooperationen mit Kommunen oder anderen Akteuren ein. Die Vielfalt der Lösungen und die zivilgesellschaftliche Kraft derartiger Initiativen sind sehr ermutigend. Die Ergebnisse der Studie können auch dazu beitragen, die Rolle von gemeinwohlorientierten Akteuren im Kontext kommunaler Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik strukturiert zu diskutieren, so etwa die von den Projekten erwarteten Leistungen im Gegenzug zur (verbilligten) Abgabe von Grundstücken im Rahmen von Konzeptvergaben.

*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Referat II 12 - Wohnen und Gesellschaft, Mathias Metzmacher*

# Altenburg

## Stadtmensch

In Altenburg, einer Mittelstadt im ländlich geprägten Raum Thüringens, geht eine Initiative gegen Leerstände und pessimistische Stimmung vor. Eine positive Entwicklung soll Signalwirkung auf die ganze Stadt und Region haben. Vier Standorte in der Innenstadt werden neu belebt und die Bewohner mittels umfangreicher Beteiligungs- und Mitwirkungsangebote aktiviert.

Die Stadt Altenburg schrumpft und besonders im teilweise stark sanierungsbedürftigen Altbaubestand sind viele Leerstände vorhanden. Auch das Umland ist stark vom demografischen Wandel und Überalterung betroffen. Dieser negativen Entwicklung kann Altenburg – eine ehemalige Residenzstadt – eine hohe Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und eine historische Salonkultur als großes Potenzial entgegensetzen. Außerdem erhält die Stadt aktuell positive Entwicklungsimpulse von der Wachstumsregion Leipzig-Dresden.

### *Wir gestalten unsere Stadt als öffentlichen Lebensraum gemeinsam und schaffen Identität.*

#### **Vision der STADTMENSCH-Initiative**

Mit dem Projekt „STADTMENSCH“ möchten die Initiatoren diese Herausforderungen annehmen und die Stadtgesellschaft zum zentralen Akteur des Wandels machen. Um dies zu erreichen, will die Initiative mit der Stadtgesellschaft in den Dialog treten und die Bevölkerung zu eigenem Engagement motivieren, den öffentlichen Raum zu erforschen und neu zu denken. Alle Bürgerinnen und Bürger Altenburgs sind aufgerufen Projekte zu entwickeln und über die Auswahl der zu realisierenden Projekte z. B. durch öffentliche Pitches und Onlineabstimmungen mitzuentcheiden. Als ein weiteres Mittel soll die traditionsreiche lokale Salonkultur Altenburgs – ein überwiegend weiblich geprägtes, kulturhistorischen Phänomen im Europa des 17. bis 20. Jahrhunderts – revitalisiert und neu interpretiert werden. Die Entwicklung von Projektideen aus der Stadtgesellschaft heraus sollen durch verschiedene Instrumente, die STADTMENSCH-Akademie und -Denkfabrik, den STADTMENSCH-Fonds und vier Quartiersanker unterstützt werden. Im Fokus steht die Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und anderen Akteuren, ihre Projektideen erfolgreich umzusetzen und dadurch neue Ansätze der Stadtentwicklung zu erproben. Eine Besonderheit im Projekt ist der STADTMENSCH-Award „Günther“. Mit diesem Preis sollen Engagement, herausragende Ideen und Personen geehrt werden, denn Anerkennung ist ein wesentlicher Faktor zum Erfolg.

Durch die Quartiersanker, in historisch bedeutsamen Orten in der Innenstadt, werden Interessierte konzeptionell, organisatorisch und logistisch bei der Realisierung von Maßnahmen zur Stärkung des Gemeinwohls unterstützt. Dazu wurden verschiedene Unterstützungsformate entwickelt: Das OpenLab in einem leeren Ladenlokal am Marktplatz ist im Sinne eines modernen Salons Zentrale und Schaufenster des Pilotquartiers. Hier werden entsprechende Beratungen und Bildungsangebote ermöglicht. In der Geschichtswerkstatt im Residenzschloss wird Stadtgeschichte und -zukunft erforscht. Als ein wichtiger Baustein zur Wissenssicherung können hier Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt ihre Geschichten einbringen. Im Quartiersanker Paul-Gustavus-Haus, einem Kulturdenkmal in der Altenburger Altstadt, werden bereits verschiedene Kulturveranstaltungen angeboten, die im Rahmen des Pilotquartiers zu einer Begegnungsstätte der Stadtgesellschaft ausgeweitet werden. Der Quartiersanker Farbküche bietet verschiedene Workshops und Kurse an, vor allem im Bereich junger Graffiti-Kunst und DIY-Projekte. Die Räume der Farbküche werden außerdem Dritten zur Atelier- und Werkstattnutzung angeboten. Als besonderes Highlight veranstaltet die Initiative alle zwei Jahre ein mehrtägiges Festival, auf dem sich dem Gemeinwohl verpflichtete Projekte und Initiativen präsentieren und das ein Podium für Austausch, Aktivitäten und neue Ideen bietet. Das nächste Festival ist 2020 geplant und soll die Stadt erneut zu einem Podium für Debatten, Vorträge und Workshops machen.

### Stadtmensch

|                             |                              |
|-----------------------------|------------------------------|
| Projektort (Stadt/Quartier) | <b>Altenburg / Altstadt</b>  |
| Bundesland                  | <b>Thüringen</b>             |
| EW (Stadt / Quartier)       | <b>32.788 / 6.000</b>        |
| Projektträger               | <b>Erlebe was geht gGmbH</b> |



[www.stadtmensch.org](http://www.stadtmensch.org)

Der **STADTMENSCH-Fonds** soll Initiativen dabei unterstützen, gemeinwohlorientierte Projekte zu realisieren. Die Mittel ermöglichen den Initiativen, sich auf ihre Ideen und Konzepte zu konzentrieren. Die Vorschläge werden anhand des STADTMENSCH-Kompasses geprüft, der Richtlinien für das Projekt festlegt.

Die **STADTMENSCH-Akademie und -Denkfabrik** ist gemeinwohlorientiertes Gründungslabor und selbstorganisierter Innovationszirkel. Sie bietet individualisierte Beratung, Coaching und verschiedene Bildungsangebote zu Themen wie Konzeptentwicklung, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, usw.

Mit dem **STADTMENSCH-Award „Günther“** sollen künftig Menschen und Initiativen geehrt werden, die durch gemeinwohlorientierte Einzelprojekte und Aktionen auf sich aufmerksam machen und andere mitreißen. Um „Günther“ ins Leben zu rufen, sind die Altenburger derzeit dazu aufgerufen, ihm eine Geschichte zu geben.

Die **Quartiersanker** sind ko-kreative Räume für Stadtmenschen, um Stadt neu zu denken und Innovationen anzustoßen und nicht zuletzt die Wissensproduktion mitzugestalten. Die vier Quartiersanker bieten den Altenburgern Versuchs- und Arbeitsflächen, auf denen sie ihre Ideen in verschiedenen Veranstaltungsformaten und (sozio)kulturellen Angeboten realisieren können.

Fotos: LOKATION:5 (oben), Valentin Rückmann (unten)



## Erlebe was geht gGmbH

Träger des Projektes ist „Erlebe was geht“, eine gemeinnützige GmbH. Sie ist aus dem Sozialunternehmen „Farbküche“ ([www.farbkueche.org](http://www.farbkueche.org)) hervorgegangen und hat das Projekt gemeinsam mit weiteren (Sozial-)unternehmen, Vereinen, Kultur- und Kreativschaffenden und diakonischen/kirchlichen Einrichtungen initiiert.

Darüber hinaus sind weitere Akteure als Teil des offenen und partizipativen Netzwerks in die Steuerung des Vorhabens eingebunden. Dazu gehören der städtische Schloss- und Kulturbetrieb Residenzschloss Altenburg, der Förderverein Zukunftswerkstatt Paul-Gustavus-Haus e. V. sowie W<sup>3</sup> Wandel-Werte-Wege gemeinnützige UG und die Stadt Altenburg, vertreten durch das City-Management der Wirtschaftsförderung.

Die  
**Bibliothek der Dinge**

stellt Materialien in analoger Form zur Verfügung, die die Initiativen und Mitglieder der Gesellschaft+ benötigen. Über eine Website werden diese Ressourcen verwaltet. In einem Container, der an verschiedenen Orten aufgestellt werden kann, werden die Materialien verliehen.

Bei allen Aktionen der Gesellschaft+ wird der **Raumwagen** eingesetzt, der als wandernde Raumzelle hilft, Projekte umzusetzen (ausführliche Darstellung siehe Mittelseite). Er kann u. a. Bar, Café, Werkstatt, Bühne oder Quartierszentrum sein.

Im Laufe des Projekts entscheiden die Akteure in Hannover, welche Strukturen die Gesellschaft+ braucht und setzen diese in **Pilotprojekten** um. Aus Initiativen-übergreifenden Wünschen werden so außerordentliche Lösungen für gemeinsame Herausforderungen entwickelt. Diese werden dann allen Projekten und Akteuren in Hannover zur Verfügung gestellt.

Die aus den Pilotprojekten entwickelte Infrastruktur sowie die immaterielle Unterstützung dient der Anstiftung und Befähigung der Zivilgesellschaft, selbst ihr Quartier zu gestalten. Initiativen und Einzelpersonen können über einen niederschweligen Antrag als **Pionierprojekte** auf die Strukturen der Gesellschaft+ zugreifen.

Fotos: Hauke Dannenfeld (oben), Julian Martitz.de (unten)

## Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit (Gesellschaft+) e.V.

Die Gesellschaft+ ist ein Zusammenschluss verschiedener Initiativen und Privatpersonen aus den Stadtteilen Linden, Limmer und Nordstadt, der sich als Trägerstruktur, als Befähigungsplattform und als Interessensvertretung versteht. Derzeit arbeiten rund 15 Initiativen aktiv an dem Aufbau der Organisation mit. Für die Bearbeitung verschiedener Themen, derzeit vor allem die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Projektes, wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die sich in einem Koordinationskreis über das Gesamtbild sowie überschneidende Themen austauschen.





# Hannover

## Gesellschaft+

Wie bringt man über 50 Initiativen zusammen, um mit verschiedensten Aktionen und Projekten konzentrierte Stadtentwicklung zu betreiben und sich um seinen Stadtteil zu kümmern? Das wird die „Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit“ (Gesellschaft+) in den nächsten drei Jahren in Hannover mit einer kooperativen Organisationsstruktur als intermediäre Schnittstelle erproben.

In Hannover beschäftigt sich eine stetig wachsende Zahl an Initiativen mit der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes und öffentlichen Stadtraumes sowie der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Trotz vielfach ähnlicher Interessen arbeiten die gemeinwohlorientierten Initiativen häufig nebeneinander her und scheitern an ähnlichen Herausforderungen der ehrenamtlichen Tätigkeit. Um dies zu ändern und die Kräfte zu bündeln, wollen nun ca. 50 Initiativen durch die Gründung der Gesellschaft+ die Gemeinwohlorientierung in Projekten sowie (Stadt)räumen stärken und gestalten.

Das Projekt bezieht sich auf die drei Stadtteile Linden, Limmer und Nordstadt, die sehr heterogen, sowohl durch gründerzeitliche Wohnbebauung als auch durch Gewerbegebiete, geprägt sind. Trotz stadträumlicher Unterschiede werden die Stadtteile von den beteiligten Initiativen durch ihre ortsübergreifende Arbeit als zusammenhängender Aktionsraum wahrgenommen. Dieses grenzüberschreitende Netzwerk funktioniert vor allem durch die vielen dezentralen Standorte. Die Zentrale der Gesellschaft+ und die Botschaften (Räume der Initiativen) sind als Aktions- und Mitwirkungsorte über das Quartier verteilt. Bis die Zentrale eine eigene räumliche Heimat findet, arbeitet die Gesellschaft+ an wechselnden Orten im Quartier. Für den Einsatz im Stadtraum wird außerdem ein Raumwagen gebaut, der die Umsetzung von Projekten als wandernde Raumzelle unterstützt (siehe Mittelseite).

### Gesellschaft+

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Projektort (Stadt/Quartier) | <b>Hannover/Linden, Limmer, Nordstadt</b>                    |
| Bundesland                  | <b>Niedersachsen</b>   |
| EW (Stadt/Quartier)         | <b>532.888/50.000</b>  |
| Projektträger               | <b>Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit e.V.</b> |



[www.gesellschaftplus.de](http://www.gesellschaftplus.de)

Ganz konkret wird die Gesellschaft+ eine dynamische, niederschwellige und selbstverwaltete Organisationsform und Befähigungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, die Projektumsetzungen erleichtert und als intermediäre Schnittstelle u. a. zwischen den Initiativen und der Verwaltung

*„Uns geht es nicht darum, Herausforderungen im Vorfeld zu kennen und daraufhin eine Organisationsstruktur aufzubauen, sondern eine Struktur zu finden, die sich an die jeweiligen Herausforderungen je nach Situation anpasst und darauf reagiert.“*

agiert. Wichtige Grundlage für die Arbeit der Gesellschaft+ ist, dass in allen Projekten transdisziplinäre Kollaborationen angestoßen werden und die außerordentliche Zusammenarbeit maßgeblich zum Erreichen der Ziele beiträgt. Die Gesellschaft+ vertritt die Initiativen nach außen und sorgt als Kommunikationsplattform für den internen Austausch.

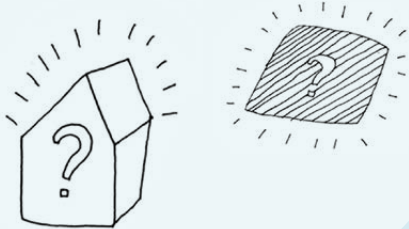
Im Laufe der außerordentlichen Zusammenarbeit sollen Prozesse angestoßen, Stadträume gestaltet und temporäre Interventionen (z. B. Zwischennutzungen, Kiezfeste, Thementage) durchgeführt werden. Dabei geht es vor allem darum, Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt darin zu unterstützen, ihre Ideen umzusetzen und langfristige Veränderungen anzuregen. Die Grundlage der Gesellschaft+ werden gemeinsam entwickelte Sharing Systeme (Gemeinwohl-Ökonomie-Modell) für den direkten Zugang von Mitgliedern der Gesellschaft+ sowie externen Projekten zu den Ressourcen des Netzwerks sein. Materielle Güter (z. B. Raum, Material und Werkzeuge) sowie Wissen und Kompetenzen (z. B. Beratung) werden als Gemeingut zur Verfügung gestellt. Zukünftige Investitionen und Fördermittel kommen somit allen Mitgliedern der Gesellschaft+ zugute und tragen zur Verstärkung des Projekts bei.

Neue Infrastruktur für die koproduktive Stadt

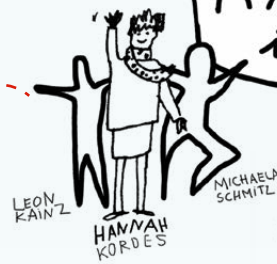
# VOM RAUMWAGEN ZUR RAUMFLOTTE

Vielen Initiativen fehlt am Anfang oft ein Ort, an dem sie sich versammeln können. Der öffentliche Raum ist zwar für alle zugänglich, aber oft nicht besonders einladend. Gebraucht wird dann etwas, mit dem möglichst schnell und einfach Raum erobert, auf Aktionen aufmerksam gemacht und Arbeitsmaterial bereitgestellt werden kann.

wie kann man Ideen für einen Ort gemeinsam zum Leben erwecken?



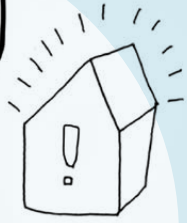
Man baut einen "RAUM-WAGEN" in Linie...



Der Raumwagen ist ein mobiles Werkzeug, das zivilgesellschaftlichen Gruppen als vielfältig nutzbare Infrastruktur dient und überall in der Stadt eingesetzt werden kann. Dort wo der Raumwagen parkt entsteht ein Ort, an dem Menschen zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam Ideen entwickeln können. Hier kann man kochen und essen, reden und zuhören, arbeiten und entspannen.



... und entwickelt eine "RAUMFLOTTE" in Hannover!



... und wie wäre es mit einer "RAUMFLOTTE" für Europa?!



Illustration: Hannah Kordes

Das Konzept und der erste Prototyp wurden in Linz von der Architektin Hannah Kordes entwickelt. Nun wird im Pilotquartier Hannover ein zweiter Raumwagen entstehen, als zentrales Instrument der Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit und als Gemeingut für alle. Es sollen Debatten über die Zukunft der Nachbarschaft geführt und Projekte konzipiert werden, die mit dem Raumwagen überall im Quartier realisiert werden können.

Geplant ist aber noch mehr: aus dem Raumwagen soll bald eine ganze Raumflotte werden, die zunächst in Hannover und später auch in anderen europäischen Städten Menschen und Räume zusammenbringt.



# Münster

## Hansaforum

In Münster entsteht aus zivilgesellschaftlicher Initiative heraus ein umfassender Prozess der Quartiersentwicklung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Hansaviertel entscheiden in den nächsten drei Jahren über Werte und Ziele zur Entwicklung des Hansaviertels und welche Projekte gefördert werden.

Im Münsteraner Hansaviertel, südöstlich der Altstadt, liegen produzierendes Gewerbe und klassische Arbeiterwohnungen, in denen heute vor allem die Mittelschicht und viele Studierende wohnen, nebeneinander. Dieser Nutzungsmix wird in den letzten Jahren von neuen Bürogebäuden und hochpreisigem Wohnen ergänzt. Dadurch haben Gentrifizierungstendenzen nun auch das Hansaviertel erreicht. Als Reaktion auf diesen Prozess entstehen Zusammenschlüsse verschiedenster Initiativen, die die Qualitäten des gewachsenen Quartiers sichern und gemeinsam weiterentwickeln wollen.

*„Durch die Mitgestaltung unseres Quartiers wollen wir das Wir-Gefühl stärken und das Quartier zu unserem Wohnzimmer machen.“*

Die Akteure des Projekts B-Side aus Münster planen die Etablierung einer neuartigen zivilgesellschaftlichen Plattform, als Bürgerforum unter dem Überbegriff „Hansaforum“. Mit dem „Hansaforum“ sollen die Menschen im Quartier aktiviert werden, sich an der Koproduktion von Stadt zu beteiligen und gemeinsam über die Förderung von gemeinwohlorientierten Projekten im Hansaviertel zu entscheiden. Es soll eine Diskussions- und Organisationsplattform bieten, um Impulse für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu liefern.

Leitfaden zur Umsetzung der Projekte wird der „Quartier-Gemeinwohl-Index“ sein, der auf den ersten beiden Konventen des Hansaforums mit 200 Nachbarinnen und Nachbarn erarbeitet wird. Auf dem ersten Konvent im Juni konnten bereits erste Ziele formuliert werden, die nun von Arbeitsgruppen konkretisiert werden. Anhand des Index wird danach entschieden, welche Projekte im Viertel gefördert werden. Insgesamt stehen 250.000 € für die Umsetzung von Projekten im Viertel zur Verfügung. Dieser Prozess macht das Gemeinwohl im Hansaviertel zu einem Ergebnis echter Aushandlungsprozesse.

Die geplante Governancessstruktur des Pilotquartiers ist komplex. Sie besteht aus verschiedenen Koordinations- und Diskussionsforen, die auf gemeinsamem Lernen und Austauschen basieren.

Die zentrale Instanz ist dabei der Hansa-Konvent, der regelmäßig halbjährig über die einzelnen Projekte entscheidet und Delegierte für das Hansa-Gremium wählt. Im Hansa-Gremium werden die Projektideen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung weiterentwickelt. Kleinere Projekte können direkt gefördert werden, größere Projekte werden dem Hansa-Konvent zur Entscheidung vorgelegt.

Stadtverwaltung und Stadtpolitik werden zukünftig über das Hansa-Gremium ab dem Zeitpunkt der Projektentwicklung in das Pilotquartier eingebunden. Damit wird angestrebt, dauerhaft städtische Räume gemeinsam zu gestalten, zu produzieren und zu verwalten sowie neue Erfahrungsräume aufzubauen. Im Pilotquartier werden Antworten darauf gesucht, wie Stadt und Stadtentwicklung in Zukunft neu gedacht werden können und welche Formen der Partizipation sich für bestimmte soziale Gruppen eignen.

Im Pilotquartier werden somit in den nächsten Jahren einerseits Unterstützungsangebote geschaffen, die den Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglichen eigene Ideen zu verwirklichen. Andererseits wird durch das Hansaforum eine Mitbestimmungsinstanz geschaffen, die der sehr heterogenen und sich wandelnden Nachbarschaft ermöglicht, sich in die Gestaltung des eigenen Quartiers einzubringen.

### Hansaforum

|                             |                             |
|-----------------------------|-----------------------------|
| Projektort (Stadt/Quartier) | <b>Münster/Hansaviertel</b> |
| Bundesland                  | <b>Nordrhein-Westfalen</b>  |
| EW (Stadt/Quartier)         | <b>309.780/17.500</b>       |
| Projektträger               | <b>B-Side GmbH</b>          |



[www.hansaforum-muenster.de](http://www.hansaforum-muenster.de)

Per Zufallsprinzip werden 200 Menschen ausgewählt und eingeladen, im **Hansa-Konvent** über die zukünftige Gestaltung des Quartiers mitzuentcheiden. Damit wird die lokale Stadtgesellschaft überparteilich, vielfältig, generationsübergreifend sowie interkulturell abgebildet.

Die Ansprache der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Kommunikation des Pilotquartiers wird über eine analoge **Hansa-Bude**, eine Anlaufstelle im Quartier, und eine digitale Hansa-Bude als Onlineplattform umgesetzt.

**Projektlotsen** helfen den Stadtmacherinnen und Stadtmachern aus dem Quartier, Projekte zu entwickeln und dem Hansa-Konvent vorzustellen. Sie sind zentrale Ansprechpersonen und fungieren als Schnittstelle zwischen dem Pilotquartier und den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Das **Hansa-Gremium** wird aus Delegierten des Hansa-Konvents sowie Vertreterinnen und Vertretern des Projekts, aus Politik und Verwaltung gebildet. Es fungiert als Beratungsgremium und Bindeglied zwischen städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

## B-Side goes Hansaforum

Das Pilotquartier baut auf dem Netzwerk und den Erfahrungen des Projekts B-Side auf, das bereits seit einigen Jahren die Diskussion um kooperative Stadtentwicklung in Münster vorantreibt. Neben dem Hansaforum für Teilhabe ist der Aus- und Umbau eines alten Speichergebäudes zum Quartierszentrum mit weiteren Angeboten u. a. Räume für Gruppen, Bewegungsräume, Räume für Kreativwirtschaft, Co-Working Räume, eine Quartiersküche, Urban Gardening auf dem Dach geplant. Für den Umbau des Quartierszentrums wurden außerdem Fördermittel über das NRW Programm „Initiative ergreifen“ bewilligt.



Der **Raumparasit** ist ein mobiles Möbelstück, das zur Erschließung kultureller Möglichkeitsräume dient. Kompakt wie ein Kinderwagen ist er U-Bahn-tauglich, aufgebaut ist er Arbeitsplatz, Küche und Präsentationsraum. Zur Einrichtung von Kreativräumen wird er ausgeliehen und anschließend weitergegeben.

Um im Winter Kräuter und Gemüse anzubauen, soll die Abwärme aus U-Bahn-Abluftschächten für ein Gewächshaus genutzt werden. Von der Erhebung von Messdaten bis zum Bau des Gewächshauses werden interessierte Bürgerinnen und Bürger in alle Prozesse des Projekts **Öffentlicher Pflanzen Nahverzehr** eingebunden und bekommen so ein neues Bewusstsein für ihre Nahrungsmittel.

Durch die Bespielung stark frequentierter, aber leerstehender Räume als **Zwischennutzungszentrale** mit ungewöhnlichen Aktionen und atypischen Nutzungen, soll eine möglichst große Vielzahl an Menschen aus der Alltagsroutine gerissen und deren Interesse an dem Projekt und dem Stadtgestalten geweckt werden.

In einem ehemaligen Ticketschalter dient das **Amt für Ideen** Bürgerinnen und Bürgern als Schnittstelle zur Verwaltung. Es fungiert als Inkubator gemeinwohlorientierter Projekte, vermittelt passende Ansprechpersonen und bietet Beratung und Hilfestellung auf dem Weg von der Idee zur Umsetzung.

Das **Stadtteilblatt** ist das Kommunikationsformat des Quartiers. Es soll auf Knopfdruck in der U-Bahn gedruckt werden und bietet alle Informationen, die man braucht, um aktiv zu werden. Es liefert Einblicke in die Arbeit der Akteure, in die Stadtverwaltung und beinhaltet aktuelle Veranstaltungshinweise.

Fotos: GP Planwerk GmbH (oben), Urban Lab (unten)

## Urban Lab gemeinnützige UG

Die gemeinnützige Unternehmensgenossenschaft ging im Jahr 2015 aus einem Fablab, einem offenen Technologielabor, hervor und kann mittlerweile langjährige Erfahrung mit Projekten mit dem Themenschwerpunkt Kultur und Beteiligung aufweisen. Urban Lab verfolgt das Ziel, Raum für Engagement und Selbstentfaltung zu schaffen und neue integrative Orte zu kreieren, die zum Lernen, Austausch und Experimentieren einladen. Durch Workshops und Beratung sowie Vernetzung von Akteuren, sollen „Stadtmacher“ befähigt werden, die Entwicklung ihres Quartiers selbst in die Hand zu nehmen. Für das Projekt Quartier U1 hat sich Urban Lab mit weiteren Akteuren aus der Stadt zusammengeschlossen. Das Kernteam bildet die Schnittstelle für ein schnelles Wachstum des bereits bestehenden Akteurs- und Bürgernetzwerkes.



# Nürnberg

## Quartier U1

*„Montagsmorgen, noch etwas verschlafen mache ich mich auf den Weg zur nächsten U-Bahnstation. Die ehemals verklebten Fenster der ausgedienten Servicestation der Nürnberger Verkehrsbetriebe sind bereits hell erleuchtet. „Amt für Ideen“ prangt in großen Buchstaben über dem Ladenlokal. Eine Verkäuferin der Obdachlosenzeitung drückt mir die aktuelle Ausgabe der „Unter uns – die Stadtteilzeitung für die U1“ in die Hand, die über das Wochenprogramm informiert: „Lastenrad für alle“, „ÖPNV – Öffentlicher Pflanzen NahVerzehr“. In der U-Bahn angekommen ertönt die Durchsage: „Heute ist Ideensprechstunde im Amt für Ideen und in der Zwischennutzungszentrale am ehemaligen Breznstand“. Beim Verlassen der Haltestelle erblicke ich die Dame vom Lastenradverleih und schwinge mich kurze Zeit später mit einem freundlichen „Bis heute Abend!“ aufs Rad... (Nürnberg im Jahr 2021)“*

Ein außergewöhnliches Quartier entsteht durch das Pilotprojekt in Nürnberg. Unzusammenhängende Räume in der Stadt werden durch die Nutzung der U-Bahn zu einem Quartier, da sie als Teil der Lebenswelt der Nutzerinnen und Nutzer verschiedene Orte miteinander in Beziehung setzt. Mit der U1 erreicht man vom Nürnberger Westen den Süden innerhalb von 15 Minuten – das entspricht etwa der Zeit, die man benötigt, um sein Wohnquartier zu Fuß zu durchqueren. Die hohe Reichweite des Verkehrsmittels – etwa 410.000 Fahrten pro Tag absolvieren Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Milieus – macht die U1 für Nürnberg zu einem spannenden Pilotquartier. Geht man von einem Einzugsbereich der Haltestellen von acht Gehminuten aus, leben im zukünftigen Quartier etwa 95.000 Menschen. Die Erreichbarkeit für Beteiligungen bei einem hohen Grad sozio-demographischer Durchmischung ist dementsprechend sehr hoch.

Ziel des Projekts besteht darin, die Transformationskraft der Stadt zu erhöhen – also auszuprobieren, wie in einem

koproduktiven Verbund auf Augenhöhe von Verwaltung, Vereinen, Initiativen und Bürgerschaft Veränderungen bewältigt werden können. Zur Umsetzung des Projekts hat der Projektträger Urban Lab ein Kernteam aus weiteren, bereits aktiven und gut vernetzten Akteuren zusammengestellt.

Damit das außergewöhnliche Quartier auch als solches wahrgenommen wird, werden zunächst Orte und Formate entwickelt, die das Projekt – vorzugsweise an hoch frequentierten Haltestellen – sichtbar machen. Quartiersforen, bspw. in Form von Stammtischen auf einem Vorplatz, sollen Diskurse und neue Themen in die Bürgerschaft tragen. Eine Zwischennutzungsstelle soll Leerstände im Quartier koordinieren und Nutzungen vermitteln. Das Stadtteilblatt dient als zentrales Informationsmedium des Quartiers.

Die auf diese Weise gesammelten Ideen und Anregungen sollen in Projekte einfließen, die durch Vereine und Initiativen im Quartier konzipiert und umgesetzt werden. Für die Vergabe der Mittel werden Kriterien nach dem Konzept der Enkeltauglichkeit entwickelt. Den Projektstart flankieren Workshops für alle Projektakteure, durch die eine zielgerichtete Umsetzung der geförderten Projektideen gewährleistet werden soll. Aufbauend auf den Akteursprojekten sollen Bürgerinnen und Bürger Projekte realisieren können, über deren Umsetzung gemeinschaftlich abgestimmt wird. Hierfür steht ein festgelegtes Budget zur Verfügung. Im vergangenen Jahr, startete die Erprobungsphase für QU1, in der die Machbarkeit des vorgeschlagenen Projekts geklärt werden soll. In ersten Beteiligungs- und Mitmach-Formaten soll die Öffentlichkeit informiert und die Mitwirkungsbeurteilung getestet werden. Der Zeitraum der Erprobungsphase erstreckt sich über das gesamte Jahr 2019.

### Quartier U1

|                             |                                   |
|-----------------------------|-----------------------------------|
| Projektort (Stadt/Quartier) | <b>Nürnberg</b>                   |
| Bundesland                  | <b>Bayern</b>                     |
| EW (Stadt / Quartier)       | <b>529.407 / 95.000</b>           |
| zukünftiger Projektträger   | <b>Urban Lab gemeinnützige UG</b> |



[www.urbanlab42.wordpress.com](http://www.urbanlab42.wordpress.com)

## Gemeinwohl gestalten!

# Stadtentwicklung in der analogen Stadt des 21. Jahrhunderts von Harald Welzer

Prof. Dr. Harald Welzer beschäftigt sich in Vorträgen, Aufsätzen und Projekten mit der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Als Grundvoraussetzungen setzt er dabei auf Vertrauen, Verantwortung und Gemeinwohl und betont den engen Zusammenhang zwischen funktionierender Demokratie und ziviler Mitgestaltung. Harald Welzer lehrt Sozialpsychologie und Transformationsdesign und ist Direktor der gemeinnützigen politischen Stiftung FUTURZWEI. Wir haben ihn gebeten, über Gemeinwohl in der Stadtentwicklung und die selbstgemachte Stadt zu reflektieren. Herausgekommen ist ein inspirierender Beitrag über Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert.

### Gemeinwohl

Gemeinwohl wird heute geradezu als Gegenbegriff zum „Raubtierkapitalismus“, zum „Unterm Strich zähl ich“ verwendet und ist fast zu einem Modewort geworden. Dabei ist gar nicht so klar, was das eigentlich ist: Gemeinwohl. Als Minimaldefinition kann man es als Wohl eines Gemeinwesens im Unterschied zu Individual- oder Partikularinteressen bestimmen. Aber das hilft nicht viel weiter: denn ein jeweiliges Gemeinwesen müsste ja in irgendeiner Weise selbst festlegen können, was sein Wohl ist und was nicht. Eine universelle Definition, die präzise ist, dürfte am Pluralismus und an der historischen Entwicklung scheitern: Was als Gemeinwohl gilt, ist mithin eine kulturelle Frage und somit in steter Veränderung begriffen. Gerade in diesem Sinn aber ist Gemeinwohl universalistisch verstanden und auf Demokratie bezogen; in einer Diktatur würde das Gemeinwohl immer nur für die Zugehörigen, nicht aber für „Gemeinschaftsfremde“ etc. gelten. Die „Hypothese eines eindeutig bestimmbar, vorgegebenen Gemeinwohls“, so der Verfassungstheoretiker Ernst Fraenkel, sei entsprechend das Kennzeichen einer totalitären Diktatur. Klar: Wer das Gemeinwohl festlegt, legt gleichzeitig fest, was und wer nicht zum Gemeinwohl beiträgt.

*Man muss also diesen Begriff moralisch entkernen und innerhalb einer pluralistischen Wirklichkeit ansiedeln.*

Heute orientiert sich die Rechtsprechung an den Gemeinwohlwerten des Grundgesetzes, wie etwa Menschenwürde, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Frieden, Freiheit, Rechtssicherheit, Wohlstand usw. Dabei steht Gemeinwohl in Opposition zu den Individualrechten und wird von der Rechtswissenschaft als „unbestimmter Rechtsbegriff“ aufgefasst, das heißt, es bedarf zu seiner Bestimmung immer des konkreten Einzelfalls. Deshalb ist es ziemlich schwer, sich demokratisch auf einen klar bestimmten Begriff des Gemeinwohls zu einigen. Peter Sloterdijks Definition von Demokratie lautet

denn auch: „Ein von Furcht freier wohlmeinender Streit um die Optimierung der Mittel beim Streben nach Gemeinwohl.“ Man muss also diesen Begriff moralisch entkernen und innerhalb einer pluralistischen Wirklichkeit ansiedeln. Versuchsweise könnte man sagen: Gemeinwohlorientiert handelt man, wenn man zum gesellschaftlichen Ziel der Aufrechterhaltung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beiträgt – da die Realisierung dieser Ziele allen zugutekommt.

Umso notwendiger sind daher Programme, die Gemeinwohlorientierung mit neuen Ansätzen zur Beteiligung in der Planung zusammenbringen. Beteiligung ist aber eine nicht triviale Angelegenheit, weil gerade hier ganz konträre Auffassungen aktiviert werden, was denn konkret jeweils das Gemeinwohl sei und wer über die Definitionsmacht verfüge.

„Die offene Gesellschaft braucht gerade Kritik und sie braucht soziale Bewegungen, Antrieb von unten, um beständig auf äußere und innere Veränderungsanforderungen geschmeidig reagieren zu können.“

### Teilhabe

Die Frage, ob man Bürgerinnen und Bürgern an baulichen Planungen, von denen sie selbst betroffen sind, beteiligen sollte, ist so alt wie die Geschichte der modernen Verstädterung. Der Umstand, dass sich in den um 1900 extrem rasant wachsenden Städten Nordamerikas Ordnung selbst dann herstellen konnte, wenn Menschen aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt zusammenkamen, ausgestattet mit dem unterschiedlichsten kulturellen Gepäck und grundverschiedenen religiösen Überzeugungen, häufig Analphabeten und ohne englische Sprachkenntnisse, bildete denn auch die Ausgangsfrage der damals entstehenden Soziologie und Sozialpsychologie.

Die lautete: Wie nehmen Menschen ihre eigene Wirklichkeit wahr? Die Antwort auf diese Frage ist nämlich ganz



entscheidend dafür, wie sie sich verhalten und was sie tun – und eben nicht nur die Objektivität der Verhältnisse, nach deren Analyse rational und kühl geplant werden könnte. „Wenn Menschen Situationen als real interpretieren, dann sind diese real – in ihren Folgen.“ So lautet das zentrale Diktum der Sozialpsychologie jener Zeit, das William Thomas formulierte, und das man auch heute, in den Zeiten von „Wutbürgern“ und „Nimbys“ beherzigen sollte. Denn auch wenn Menschen ihre Wirklichkeit völlig „falsch“ deuten – was sie aufgrund dieser Deutung tun und gegebenenfalls anrichten, wird jedenfalls wiederum eine Wirklichkeit schaffen, mit der man sich auseinandersetzen muss.

Und: Das Thomas-Theorem bedeutet auch, dass die Welten von Planern und die von Anwohnern höchst verschiedene sein können, weshalb eine auch noch so gute und gutgemeinte Planung auf den erbitterten Widerstand von den vermeintlich zu Beglückenden stoßen kann. Die beliebte Formulierung, man müsse „die Menschen mitnehmen“, sieht von diesem fundamentalen Sachverhalt ab – setzt sie doch voraus, dass die zugrundeliegende Sicht auf jeden Fall „richtig“ ist und das Problem lediglich noch die fehlende Zustimmungsbereitschaft des Publikums ist: also muss man es „mitnehmen“. Partizipation bedeutet aber nicht erfolgreiche Überzeugungsarbeit, sondern unterschiedliche Anforderungen sowie Wirklichkeits- und Problemdefinitionen in eine Synthese zu bringen.

Genau in diesem Sinn sind übrigens die klassischen Untersuchungen aus dem letzten Jahrhundert zur sozialen Herstellung von Ordnung, wo auf den ersten Blick nur Anomie und Chaos zu herrschen scheint, auch heute noch lesenswert: „Street Corner Society“ heißt die berühmteste, die Ethnographie eines sogenannten Problemviertels aus dem Jahr 1943, die sich auf beispielhafte Weise mit den Weltsichten von Slumbewohnern vertraut macht und ihre Strategien, ihren Alltag zu bewältigen, nachzeichnet. Dabei spielen Gruppenstrukturen mit genau festgelegten Hierarchien und „community leaders“ wichtige Rollen, wenn es um Probleme und Entscheidungen geht. Was Autoren wie William Whyte, aber auch viele andere der damaligen „naturalist sociologists“ im Unterschied zu den meisten der heutigen Sozialwissenschaftler auszeichnet, ist ihre anschauliche Sprache, die die Studien reportagehaft, plastisch und alltagsnah macht. Anders gesagt: Man erkennt in ihnen ein starkes Bemühen, die Bewohner der fremd erscheinenden sozialen Welten als vollwertige Experten ihres Alltags ernstzunehmen und auch so auftreten zu lassen. Deshalb gab es schon zu dieser Zeit nicht wenige Forderungen, die Betroffenen zu Rate zu ziehen, wenn es um Bauprojekte zur vermeintlichen Verbesserung ihrer eigenen Wohnsituation ging.

Aber nach dem partizipatorischen Auftakt dieser Ära ging es mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Unter- und Mittelschichten dann vor allem um die als effizienter betrachtete

städtebauliche und verkehrsplanerische top-down-Planung, mit nicht immer günstigen Ergebnissen. Eine nächste Konjunktur der Suche nach Beteiligungsformen an baulichen Planungen gab es, wenig verwunderlich, in den 1960er Jahren, der Zeit der Bürgerrechtsbewegung, der Studierendenrevolte, der emphatischen Protest- und Reformära, die auch Auswirkungen auf die bis dato eher technokratische Planungskultur hatte. Auslöser dieser Welle waren Konflikte um einen armen Stadtteil von Chicago mit Namen „Woodlawn“, in dem sich eine Bewegung gegen die Modernisierung des von der weißen Mittelschicht verlassenen Viertels formiert hatte – der Auftakt einer Phase, die als „Anwaltsplanung“ eine Weile die Praxis der Planung von Bauvorhaben in Stadtquartieren bestimmen sollte.

*„Die offene Gesellschaft braucht gerade Kritik und sie braucht soziale Bewegungen, Antrieb von unten, um beständig auf äußere und innere Veränderungsanforderungen geschmeidig reagieren zu können.“*

Solche Episoden scheinen heute weitgehend vergessen, weshalb man von „Implementierungsproblemen“ spricht, wenn man Projekte wie neue Wohnquartiere, Bahnhöfe oder Flughäfen umsetzen will und sich darüber wundert, wenn die Leute so was manchmal gar nicht wollen. Dabei wären Stadtsanierungsvorhaben genauso wie Energiewenden und andere Modernisierungsprojekte viel leichter zu realisieren, wenn man davon ausginge, dass die, die irgendwo wohnen, die Experten für die Strukturen ihrer Lebenswelt sind und die Planer fremde Besucher, die erstmal relativ wenig Expertise hinsichtlich der mikrosozialen Strukturen und Sozialformen vor Ort haben.

Es ist gerade die Heterogenität und Unübersichtlichkeit ihrer sozialen Ordnungen, die Städte als eigensinnige soziale



Prof. Dr. Harald Welzer auf der Auftaktkonferenz

Organisationen so erfolgreich machen. Die Stadt scheint gerade wegen ihrer Unplanbarkeit, Prozesshaftigkeit und der Diversität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner eine soziale Organisation zur Erzeugung von Resilienz zu sein: Anders wäre nicht zu erklären, warum Städte meist um ein vielfaches älter sind als die sie umgebenden Länder, Nationen, Reiche, Imperien usw. Städte überdauern unterschiedliche Herrschaftsformen und -epochen, werden nach Naturkatastrophen und Kriegen wieder aufgebaut, schaffen Identitäten und politische Handlungsmöglichkeiten jenseits von Staat und Nation – so etwa den Global Covenant of Mayors, einen Zusammenschluss von 9.000 Bürgermeistern, die Strategien für den Klimaschutz umsetzen. Da die Verstädterung rapide weiterläuft und Städte heute für etwa 70 Prozent des globalen Ressourcenaufwands verantwortlich sind, liegt denn wohl auch der Schlüssel für die Modernisierung moderner demokratischer Rechtsstaaten in der Stadt.

*Vor diesem komplexen Hintergrund käme gemeinwohlorientierter Planung die Aufgabe zu, den Eigensinn der Bewohnerinnen und Bewohner als Ressource für innovative Planungsansätze zu betrachten und zu nutzen.*

Vor diesem komplexen Hintergrund käme gemeinwohlorientierter Planung die Aufgabe zu, den Eigensinn der Bewohnerinnen und Bewohner als Ressource für innovative Planungsansätze zu betrachten und zu nutzen – auch wenn das in der Praxis gelegentlich deswegen schwer ist, weil sich allzu leicht auch partikulare Interessen gegen allgemeine durchsetzen, weil sie lauter oder versierter eingebracht werden. Zusammengenommen ergibt sich für die Gegenwart die nicht triviale Problemkonstellation, mit zu wenig öffentlichem Raum bei zugleich gewachsenen Partizipationsansprüchen und dringlicher werdenden ökologischen Innovationsnotwendigkeiten konfrontiert zu sein. Wie ist diese multiple Problemlage zu lösen? Indem man die Dinge im Zusammenhang betrachtet. Hierzu ein Beispiel.

### **Eine konkrete Utopie: die analoge Stadt**

Die drei wesentlichen Aufreger in der politischen Debatte der Gegenwart sind: die Emissionen durch den Autoverkehr (Stichworte Fahrverbote und Dieselbetrug), Miet- und Bodenpreisexplosionen und Atomisierung und Filterblasenbildung durch digitale Kommunikation. Eine gemeinsame Ursache aller drei Aufreger ist das Auto. Wir brauchen es nicht mehr, schon gar nicht in der Stadt. Dass es für Schadstoff- und Lärmemissionen verantwortlich ist, ist klar. Dass sich aber der komplette Bewegungs- und Begegnungsraum in der Stadt an autobezogenen Infrastrukturen ausrichtet, schon weniger. Und seit Jahren sind steigende Boden- und Mietpreise ein Dauerthema; ihren kommunalen Wohnungsbestand haben die meisten Städte, wie gesagt, verhöckert, freien Boden gibt es nicht mehr. Wirklich

nicht? Ausgerechnet die teuerste Stadt Deutschlands, das schicke München, ist die Stadt mit den meisten Parkplätzen. Mehr als 12 Prozent der Stadtfläche hält die „Weltstadt mit Herz“ für parkende Autos vor. München ist auch die Stadt mit der größten Flächenversiegelung – sagenhafte 47 Prozent sind bebaut, betoniert oder asphaltiert. Wie viel bebaubare Fläche bekäme man, wenn man Parkflächen, Straßen, Parkhäuser, Kreuzungen, Stadtautobahnen usw. anders nutzen könnte? Mit Hilfe der Digitalisierung kann man öffentlichen Verkehr, Leihräder, Ruf-Busse, Tram, U-Bahn perfekt vernetzen, da braucht kein Mensch mehr ein Auto in der Stadt.

Und wenn ein negativer Effekt digitaler Kommunikation ist, dass Menschen immer vereinzelter und einsamer werden: Wie sinnvoll ist dann eine Stadt, die Raum für Begegnung hat, ja, die selbst Begegnung ist, weil Auto-Infrastrukturen nicht mehr alles durchschneiden und belegen. Wie attraktiv ist so eine Stadt, ohne Lärm und Emissionen, und wie lebensfreundlich und partizipatorisch im Vergleich zur autogerechten Stadt heute? Wenn Stadt die nachhaltigste Sozialform ist, die die Menschheit erfunden hat, trägt dann die fossile Mobilität dazu bei? Wenn sich in Städten geschmeidige Antworten auf die jeweiligen historischen Herausforderungen herausgebildet haben, würde smartness dazu beitragen? Wenn Städte möglicherweise durch ihre Ungeplantheit und Uneinheitlichkeit widerstandsfähig sind, trägt Digitalisierung dazu bei? Oder einfacher gesagt: Wenn Stadt soziale Intelligenz ist, was sollen wir dann mit künstlicher? Daraus ergibt sich: Die Stadt der Zukunft ist analog. Besser gesagt: Die soziale, kulturell lebendige, resiliente Stadt ist nicht smart, sie setzt auf soziale Intelligenz, nicht auf technische. Mir scheint es übrigens bemerkenswert, dass in öffentlichen Debatten zum Einsatz von „Umgebungsintelligenz“, also zur immer größeren Interdependenz technischer Einrichtungen, kaum je die Frage aufgeworfen wird, ob solche höchst vulnerablen Infrastrukturen die Resilienz nicht permanent reduzieren. Das keineswegs unrealistische Szenario eines länger dauernden Stromausfalls würde die Gefährlichkeit solcher Abhängigkeit sehr schnell deutlich machen.

Womit wir wieder bei der Expertise derjenigen wären, die die Stadtgesellschaft bilden. Und gleich bei der Formulierung eines gemeinschaftlichen Projekts, wie es die moderne Demokratie so dringend braucht: Die lebenswerte analoge Stadt des 21. Jahrhunderts. Mit weniger Lärm, Emissionen, Flächenverbrauch, Aggression, Belästigung. So eine Stadt wäre aber nicht nur erheblich freundlicher und nachhaltiger, sie wäre auch eine der Wiederentdeckung des öffentlichen Raums als Ort der Beteiligung. Die analoge, autofreie Stadt ist übrigens nicht nur im Sinn der Wiedergewinnung öffentlichen Raums ein Gewinn für die Demokratie, sondern sie ist – wenn alle dieselben, am besten kostenlosen öffentlichen Verkehrsmittel verwenden – auch egalitärer, mithin viel enger auf das Gemeinwohl bezogen.



Eindrücke von der Auftaktkonferenz in Berlin

## Auftaktkonferenz

Zur Veröffentlichung des Projektaufufes fand am 7. Mai 2018 die Fachtagung „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“ im Circular Economy House (CRCLR) in Berlin-Neukölln statt. An der Tagung nahmen 140 Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, Genossenschaften, Wohlfahrtsverbänden, Forschungseinrichtungen sowie kommunalen Verwaltungen teil. Beleuchtet wurde der inhaltliche Rahmen von Gemeinwohl und Bottom-up-Projekten in der Stadtentwicklung. Dazu gab es inspirierende Vorträge u. a. von Harald Welzer und Frauke Burgdorff, die gesellschaftliche Entwicklungen kritisch beleuchteten und in einen Zusammenhang mit Stadtentwicklung brachten. Akteure aus dem In- und Ausland stellten spannende gemeinwohlorientierte Projekte vor. Die Bandbreite an Ansätzen war besonders für die vielen Teilnehmer aus Stiftungen, Genossenschaften und Vereinen interessant, um Referenzen für die eigene Arbeit zu finden und neue Netzwerke zu knüpfen. Auch der Veranstaltungsort selbst, das Kindl-Areal, diente als gutes Beispiel für ein gemischt

genutztes Quartier mit vielfältigen gemeinwohlorientierten Nutzern. Im Freiraum zeigte das Kollektiv On/Off mehrere seiner Co-Machines, wobei das Co für collaboration, commons und community steht und so einen klaren Gegensatz zu den Me-Machines, den Autos, formuliert.



# Vernetzung als Aufgabe Erfahrungsaustausch von Initiativen und Kommunen

## Vernetzungstreffen in der Niehler Freiheit in Köln

Montagabend, Ende Oktober in Köln. Es ist kalt und nass. Ortsfremde streifen, den Blick auf das Navigationssystem ihres Handys gerichtet, durch das äußerste Ende Köln-Ehrenfelds. Aber Moment mal, Ehrenfeld? Stand in der Einladung nicht etwas von Köln-Niehl? Doch da, zwischen Autohändlern und Tennishallen, in einem blinden Fleck der Stadtplanung, ein Hinweisschild: „Vernetzungstreffen gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung“.

*„Viele Probleme sind individuell, aber die Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Projekten sind hilfreich.“*

**Friederike Kopp,**  
Planungsbüro für urbane Transformation, Kiel

So oder ähnlich sah die Anreise von rund 60 Vertreterinnen und Vertretern aus 30 Initiativen bzw. Projekten aus, die im Herbst 2018 der Einladung von BMI und BBSR in die Niehler Freiheit

nach Köln gefolgt waren. Der Ort selbst ist ein gutes Beispiel dafür, wie zivilgesellschaftliche Initiativen Stadtentwicklung gestalten und Städte um vielfältig nutzbare Möglichkeitsräume bereichern. Und genau darüber wurde zwei Tage lang intensiv diskutiert. Alle Teilnehmenden hatten sich auf den Projektauftrag „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“ mit neuen Ideen und großen Zielen beworben.

Neben der Vorstellung der vier – aufgrund ihrer besonders innovativen Ideen – geförderten Pilotquartiere wurden in Barcamps verschiedene Aspekte der gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung diskutiert. Im Ergebnis waren sich die Teilnehmenden einig, dass der gemeinsame Erfahrungsaustausch wichtig ist, um sich gegenseitig zu beraten, Herausforderungen zu erörtern und neue Lösungsansätze in den Projekten zu diskutieren, aber auch um sich gegenseitig zu ermutigen. Die Bewusstseinsklärung der Stadtgesellschaft, die Stadt als eigenen Handlungsraum zu erkennen und als Lebensraum zu gestalten ist für die meisten Aktiven der Rahmen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung.



Vernetzungstreffen in der Niehler Freiheit, Köln



Foto: Ralf Menzel



Foto: Sebastian Schnellbögi



Foto: Ralf Menzel

Vernetzungstreffen auf der Raumkonferenz in Dresden

## Raumkonferenz in Dresden

Ein halbes Jahr später. Es ist heiß, sehr heiß sogar. Ein typischer Sommertag in Dresden. Mitten in der Altstadt steigt man aus der Straßenbahn und sieht schon von weitem das große Logo „Kraftwerk Mitte“. Auf dem 2016 nach umfangreichen Bauarbeiten eröffneten Konversionsareal findet man neben zahlreichen kulturellen Einrichtungen und Gewerbeflächen in der ehemaligen Heizzentrale die neue Kunsthalle, in der im Sommer 2019 das zweite Vernetzungstreffen zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung stattfand.

Diesmal waren rund 90 Teilnehmende der Einladung von BMI und BBSR gefolgt, um sich intensiv über Theorie und Praxis rund um den vieldiskutierten Begriff des Gemeinwohls auszutauschen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die gemeinsame Erarbeitung eines Glossars zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. Dr. Markus Egermann vom IÖR, Prof. Melanie Humann von der TU Dresden, Prof. Dr. Tatjana Schneider von der TU Braunschweig sowie Stephan Willinger vom BBSR hielten Inputvorträge zu den Begriffen Transformation, Prozesse, Gerechtigkeit und Narrative. Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden Definitionen zu rund 100 Begriffen der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, die sie im Vorfeld vorgeschlagen hatten. Das BBSR wird die Begriffsdefinitionen weiter schärfen und veröffentlichen.

Gastgeber war diesmal der Verein Konglomerat aus Dresden, der dieser Tage die „Raumkonferenz“ und die Aktionswoche „Zukunftsschutzgebiet Stadtraum“ veranstaltete. Eine Woche lang versammelten sich an den verschiedensten Orten in der Stadt Interessierte und Fachleute aus dem ganzen Bundesgebiet. Auch Monika Thomas, Abteilungsleiterin im BMI und die Urbane

*„Ich mag Begriffsdefinitionen und ich mag den Versuch diese zu präzisieren, auch wenn der ein oder andere Begriff ein Prozess bleiben wird.“*

**David J. Becher,  
Utopiastadt, Wuppertal**

Liga, das junge Beratungsgremium des BMI. Diskutiert wurden aktuelle Fragen gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung – ganz grundsätzlich und anhand lokaler Beispiele. Das abwechslungsreiche und innovative Format wurde im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert und bereichert die vielfältigen Forschungstätigkeiten des BBSR zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung.

## Neue Akteure

# Die Urbane Liga

Die Urbane Liga ist ein Bündnis junger Stadtmacher, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen. Sie ist beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) angesiedelt und wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie dem Büro stadstattstrand betreut. Als Projektschmiede, Ideenlabor und Netzwerkplattform ist das Ziel der Urbanen Liga, das Wirken junger Erwachsener in der Stadtentwicklung zu stärken. Sie fördert ihre Mitsprache im öffentlichen Diskurs, entwickelt gemeinsame Stadtvisionen und erweitert ihre Handlungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit der verantwortlichen Staatssekretärin Anne Katrin Bohle, weiteren Vertreterinnen des Bundesministeriums und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), verschiedenen Fachleuten sowie dem begleitenden Büro stadstattstrand diskutieren die Teilnehmenden wie junge Stadtmacher und eine jugendgerechte Stadtentwicklung vorangebracht werden können.

Aufgrund ihrer Erfahrungen haben die jungen Stadtmacher zentrale Themen herauskristallisiert, denen sich Politik und Verwaltung aus ihrer Sicht verstärkt widmen müssen. Dazu gehört in erster Linie die Flächenaktivierung. Bei der Entwicklung soziokultureller Nutzungen, wie sie durch die Urbane Liga eindrucksvoll im Alltag praktiziert werden, stellen unklare Eigentumsverhältnisse, ein hoher Genehmigungs- bzw. Verwaltungsaufwand in den Behörden, anspruchsvolle Renditeerwartungen der Eigentümer oder die Furcht vor sich verstetigenden Zwischennutzungen große Hürden dar. Doch gerade einfache Zugangsarten für Flächen und Räume und eine geregelte Nutzung sind wichtige Voraussetzungen für die Entstehung neuer Projekte. Aus Sicht der Urbanen Liga besteht eine der Grundlagen zur kreativen Freiraumnutzung in einer wertschätzenden und unterstützenden Haltung Seitens der Verwaltung, der Eigentümer sowie Politik und dem vereinfachten Zugang zu geeigneten Flächen.

Die Urbane Liga trifft sich zweimal im Jahr zu thematischen Denklaboren. Zwischen den Denklaboren führen die Teilnehmenden im Rahmen einer Ko-Forschung kleine Untersuchungen und Mikro-Forschungsprojekte durch. Die Forschung der Urbanen Liga beschäftigt sich unter anderem mit der Vereinfachung

des Baurechts. Sie fordern Lösungen, die eine mobile und flexible Bebauung und Nutzung von Flächen ermöglichen. Bei der Vergabe von Grundstücken könnte eine Gemeinwohlprüfung durchgeführt werden. Eine Musterkooperationsvereinbarung könnte helfen, den Zugang zu Flächen zu erleichtern. Weitere drängende Themen sind die bessere Kooperation von Zivilgesellschaft und Verwaltung, die durch Schlüsselpersonen in der Verwaltung verbessert werden könnte sowie die Möglichkeiten zur Mitgestaltung für Bürgerinnen und Bürger. Die Urbane Liga erarbeitet daher einen Verhaltenscodex.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Information und Diskussion mit der Öffentlichkeit. Darum reist eine Projektausstellung der Urbanen Liga quer durchs Land und wird an verschiedenen Orten in Deutschland (z. B. auf dem Kongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Stuttgart) aufgestellt. Vor Ort diskutiert die Urbane Liga mit Bürgerinnen und Bürgern sowie lokalen Fachleuten über aktuelle Themen- und Fragestellungen, im Juni 2019 auf der Raumkonferenz aktuell zum Thema Bundeszukunftsschutzgesetz.

→ [www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)



Diskussionsrunde zum Selbstverständnis der Urbanen Liga



Off-Site Visit: Urbane Liga auf Exkursion zur Spree:publik

# Akteursnetzwerk

## Was sind Immovielen?

Zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Städten und ländlichen Räumen selbstorganisiert, solidarisch und in Kooperation Immobilien für sich und ihre Nachbarschaft entwickeln, nehmen eine besondere Rolle in der Entwicklung lebendiger und zukunftsfähiger Stadtteile ein. Für solche Projekte hat sich – ausgehend von der Montag Stiftung Urbane Räume in Bonn – in den vergangenen Jahren der Begriff „Immovielen“ entwickelt, Immobilien von Vielen für Viele.

Politiker und Stadtplaner in Städten und Gemeinden wünschen sich lebendige, attraktive, durchmischte Quartiere. Immovielen wären ein geeignetes Mittel, um dies zu erreichen. Doch die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Immovielen sind immer noch ungünstig: kaum bezahlbare Grundstücke, wenig passende Finanzierungs- und Förderinstrumente, fehlende Gemeinnützigkeitskriterien oder andere passende Rechtsformen für wirtschaftliches Engagement von Initiativen im Rahmen von Commoning. Es bedarf aber auch einer Kommunalpolitik, die mutige Immovielenprojekte über alle Parteigrenzen hinweg mitträgt und in Beschlüssen unterstützt.

Aus dieser Arbeit heraus hat sich das Netzwerk Immovielen mit Mitgliedern aus vielen stadtentwicklungsrelevanten Handlungsfeldern entwickelt. Es setzt sich ein für

- mehr Gemeinwohlorientierung in der Immobilienentwicklung
- die Anerkennung von Immovielen als wichtiger Baustein der Stadtentwicklung
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Immovielen in den Bereichen Boden, Finanzierung, Förderung, Recht und Augenhöhe
- und dafür, dass es Immovielen leichter haben und es mehr werden.

Das Netzwerk versteht sich als Plattform für den Austausch und die Kooperation seiner Mitglieder sowie als fachliche Instanz gegenüber der Öffentlichkeit. Hierzu entwickeln die Mitglieder konkrete Kommunikations- und Dialogformate und arbeiten in Projekten zusammen. Darüber hinaus dient das „Netzwerk Immovielen“ seinen Mitgliedern zur Koordination und Verstärkung ihrer jeweiligen und gemeinsamen Bildungs-, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit und fördert die gute Praxis durch gegenseitige Information und Zusammenarbeit.

Um die Praxis der Initiativen schon heute zu erleichtern, sind umfangreiche Materialien entstanden: Arbeitshilfen, Checklisten, Vertragsmuster und sogar ein Vielopoly-Spiel.

[www.netzwerk-immovielen.de](http://www.netzwerk-immovielen.de)



Forderungen des Netzwerks Immovielen

# Every One Every Day! Wie in London die Quartiers- entwicklung neu erfunden wird



Foto: Participatory City Foundation

Gemeinschaftsküche auf der Ripple Road in Barking

In England werden seit Anfang des Jahrzehnts neue Wege in der Quartiersentwicklung gegangen. Im Zuge der Dezentralisierung von finanziellen Mitteln, rechtlichen Verpflichtungen und Entscheidungen wurde das Recht der lokalen Gebietskörperschaften, das Quartier zu planen und einzelne Projekte zu genehmigen – durch den „Localism Act“ – von der Zentralregierung auf die lokalen Gemeinschaften übertragen. In diesem Zusammenhang verfolgt die Stiftung „Participatory City“ in mehreren Stadtteilen einen besonders innovativen Ansatz der Quartiersentwicklung, der auf niederschwelliger Aktivierung der Bevölkerung und breit angelegter Koproduktion von Stadt beruht.

Die Planerin Eleni Kathrini glaubt nicht daran, dass durch kleine Verbesserungen in den Planungsmethoden der öffentlichen Verwaltung ein wirklicher Wandel in der Planungskultur entstehen kann. Deshalb hat sie zusammen mit ihren Kollegen von Participatory City ein alternatives Modell entwickelt, das auf Erfahrungen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen auf der ganzen Welt basiert, die selbstorganisiert Stadtentwicklung betreiben. Ziel des Projekts ist es, eine soziale Infrastruktur zu entwerfen und aufzubauen, die es der Bevölkerung in den Bezirken ermöglicht, in ihrer Nachbarschaft Stadtentwicklung aktiv mitzugestalten.

Die Participatory City Foundation arbeitet mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Organisationen, Behörden und anderen Investoren zusammen, um eine Plattform zu schaffen, die systematisch Barrieren abbaut, die der Bevölkerung bei der Mitgestaltung ihrer Quartiere im Wege stehen.

Das aus den Erkenntnissen einer umfassenden Studie zu Hürden der Beteiligung heraus entwickelte Partizipationsmodell basiert auf der Idee eines „Ökosystems der Partizipation“, das

Zivilgesellschaft, lokale Initiativen und Projekte der Gemeinde für lokale Unternehmen und Genossenschaften umfasst. Hierzu sollen eine Vielzahl an Projekten ermöglicht und so verknüpft werden, dass ein dichtes Netz von Mitmach-Gelegenheiten entsteht und zur Verbesserung des Alltags der Bewohnerinnen und Bewohner im gesamten Bezirk führt. Damit die Partizipation im Quartier derart skaliert werden kann, bedarf es der Stiftung zufolge einer Unterstützungsplattform, um den Start von Projekten zu erleichtern. Die Infrastruktur dieser Plattform besteht aus Räumen und Ressourcen sowie Personen, die im integrativen und partizipativen Co-Design ausgebildet sind.

## Open Works-Project in Lambeth

In West Norwood, im neun Kilometer südlich der Londoner Innenstadt gelegenen Stadtteil Lambeth, wurde der Ansatz der Participatory City in den Jahren 2014 und 2015 erstmals als Experiment auf Nachbarschaftsebene, in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat von Lambeth, durchgeführt. Im Rahmen des Projekts wurde getestet, ob das zur Verfügung stellen von Infrastruktur die Beteiligungskultur positiv beeinflussen kann und ob der





Quelle: Participatory City Foundation

### Der Weg zur Veränderung von Stadtentwicklung

Ansatz, eine hohe Dichte an kleinteiligen Beteiligungsangeboten zu schaffen, tatsächlich das Potenzial hat, eine langfristige Veränderung für die Nachbarschaft zu bewirken.

Ausgangspunkt des Open Works-Projekts war ein leerstehendes Ladenlokal auf der Hauptstraße, das die Nachbarschaft dazu einlud, Ideen, Orte und Ressourcen zu teilen. In dieser ehemaligen Geschäftsfläche nahm die Koproduktion von Projekten und die Entwicklung von Geschäftsideen in Workshops, Festivals und einem kollaborativen Gründerzentrum ihren Anfang. Zusammen mit mehr als 1200 Beteiligten wurden zwanzig Projekte kreiert, darunter eine kooperative Kinderbetreuung, neue Arbeits- und Spielräume, regelmäßiges gemeinsames Kochen und eine gemeinschaftliche Lebensmittelerzeugung.

Durch das Projekt wurden neue Orte – Brachen an Bushaltestellen, Schulen, Küchen – jenseits der normalen bereits bestehenden Community Spaces als Orte der Gemeinschaft entdeckt. So wurden beispielsweise Brachflächen, Schulen, Küchen zu Orten der Gemeinschaft. Die einjährige Projektlaufzeit war jedoch zu

kurz, um Beteiligung dauerhaft zu etablieren. Deshalb wurde das Folgeprojekt Every One Every Day in einem anderen Stadtbezirk inhaltlich und zeitlich ausgeweitet.

### Every One Every Day-Projekt in Barking und Dagenham

Das Every One Every Day-Projekt ist das Nachfolgerprojekt, das für fünf Jahre in Barking und Dagenham, einem Stadtbezirk im Osten Londons mit knapp 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, umgesetzt werden soll. Der stark wachsende Stadtbezirk ist von sozioökonomischen Problemen, z. B. geringe Beschäftigungsraten, niedrige Einkommen, hohe Anzahl von Obdachlosen und häusliche Gewalt geprägt.

In den nächsten fünf Jahren sollen 25.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Nachbarschaft zusammenarbeiten, um über 250 Nachbarschaftsprojekte zu entwickeln und neue soziale Unternehmen zu gründen. Gemeinsam soll so der Austausch von Wissen, Räumen und Ressourcen für gemeinsames Arbeiten und Spielen, Einrichtungen für Gruppen-Kochen,



Nähworkshop in Barking



Speisekammer – ein Programm, um verschiedene Lebensmittelprodukte unter einer gemeinsamen Dachorganisation zu vermarkten

Fotos: Participatory City Foundation

Lebensmittelanbau oder Baumpflanzung geschaffen werden, um den Alltag der Bevölkerung im gesamten Bezirk zu verbessern. Hierfür stehen der Participatory City Foundation Mittel in Höhe von rund 7,4 Million Euro von anderen Stiftungen und der Bezirksregierung von Barking und Dagenham zur Verfügung. Die Resonanz auf das Projekt im ersten Jahr war erheblich, so konnten bereits 1.200 Teilnehmende über 70 Projekte umsetzen. Von fünf geplanten Ladenlokalen als Herzstück des Projekts Every One Every Day wurden bereits zwei als unmittelbare Anlaufstellen eröffnet. In einem großen Lagerhaus eröffnete 2019 ein Maker Space mit kostenlosem und öffentlichem Co-Working Raum, Werkstätten und insbesondere personeller Infrastruktur, die Interessierte bei der Gründung von Sozialunternehmen unterstützt.

Die Integration von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, der Aufbau einer Unterstützungsplattform, die ohne klassische Hierarchien arbeitet und die Möglichkeiten flexibel in verschiedenen Projekten und in verschiedenen Rollen zu arbeiten, veranlassten schon jetzt mehr Interessierte zur Teilhabe als in anderen Nachbarschaftsprojekten. Nun soll der Radius zur Teilhabe und der Teilhaberkreis Schritt für Schritt erweitert werden.

Die Participatory City Foundation hat eine Vision hervorgebracht, die mutig genug ist, alte Denkweisen in der Stadtplanung in Frage zu stellen und die Menschen so anzusprechen, dass sie sich mit Freude und viel Engagement einbringen. Die Projekte werden wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse stets aktuell auf der Webseite des Projekts veröffentlicht. Dazu



Foto: Participatory City Foundation

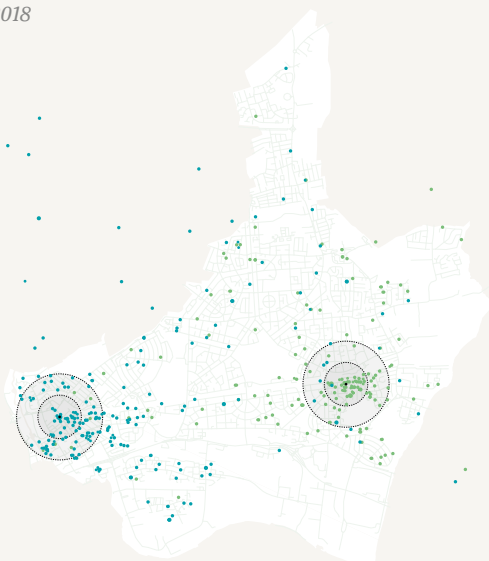
Neighborhood Corner – eine ungenutzte Grünfläche wird zu einem Ort für die Gemeinschaft

werden Weiterbildungsangebote für Städte und Regionen angeboten, um eigene Beteiligungsformate aufzubauen.

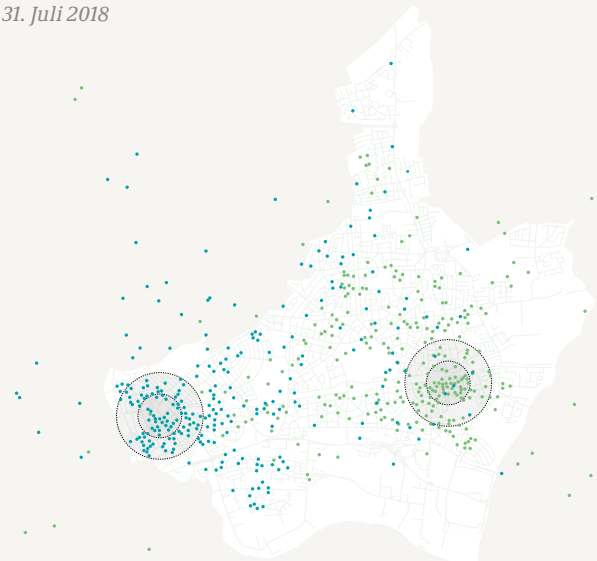
[→ www.participatorycity.org](http://www.participatorycity.org)

- Shop 116 Church Elm Lane, Dagenham, RM10 9RL
- Shop 55-59 Ripple Road, Barking, IG11 7NT

30. April 2018



31. Juli 2018



Verteilung der Wohnorte der Teilnehmenden je nach Ladenlokal im April und Juli 2018

Quelle: Participatory City Foundation

Auf dem zweiwöchigen Festival „Stadt für alle“ präsentierten sich im Mai 2018 Nürnberger Akteure der Stadtentwicklung von unten. Im Rahmen des Projekts Kerzenwerkstatt im Nürnberger Westen, das neben Kerzenfabrik auch Ort für die Nachbarschaft und das Quartier ist, organisiert eine Ehrenamtsgruppe gemeinsam mit der Nachbarschaft regelmäßig Märkte, kollaborative Bauworkshops und offene Treffen.

## Bildnachweis

|          |  |                |  |
|----------|--|----------------|--|
| Titel    | Leonie Nienhaus  | Seite 18/19    | Hannah Kordes  |
| Seite 2  | Benedikt Buchmüller, N.Ort Kollektiv   | Seite 21       | Hoffmann/Projekt Hansaforum/<br>B-Side GmbH                |
| Seite 3  | BMI  |                | GP Planwerk GmbH, Urban Lab                                |
| Seite 4  | Schafgans DGPh   | Seite 22       | Florian Büttner  |
| Seite 5  | ExRotaprint gGmbH/<br>Michael Kuchinke-Hofer                                     | Seite 25       | Florian Büttner  |
| Seite 6  | Urbane Nachbarschaft Samtweberei<br>gGmbH/Marcel Rotzinger, Stefan<br>Güldenring | Seite 27       | LOKATION:S   |
| Seite 7  | GP Planwerk GmbH   | Seite 28       | Konglomerat e.V./Sebastian Schnellbögl,<br>Fly Ralf Menzel |
| Seite 9  | GP Planwerk GmbH   | Seite 29       | stadtstattstrand   |
| Seite 15 | LOKATION:S, Valentin Rühlmann  | Seite 30       | Graphic Recording Christoph Illigens 2016                  |
| Seite 16 | Hauke Dannenfeld, Julian Martitz.de  | Seite 31       | Participatory City Foundation                              |
|          |  | Seite 32/33/34 | Cosima Schugmann   |
|          |  | Seite 35       |  |



**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



**Herausgeber**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
Im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31 – 37  
53179 Bonn

**Bearbeitung**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
Referat I 2 – Stadtentwicklung  
Lisa Schopp, Stephan Willinger

**GP PLANWERK GmbH**

LOKATION:S Partnerschaft für Standortentwicklung  
Marc Altenburg, Ronja Krämer, Susann Liepe,  
Dr.-Ing. Carolin Pätsch, Siegfried Reibetanz

**Stand**

Dezember 2019

**Gestaltung und Satz**

Bergsee, blau

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

**Bezugsquelle**

[nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de](mailto:nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de)

**Nachdruck und Vervielfältigung**

Alle Rechte vorbehalten.  
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.  
Bitte schicken Sie uns zwei Belegexemplare zu.